

Eübeder Volksbote

Organ für die Interessen der wertfälligen Bevölkerung

Der „Eübeder Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Vorzahlung durch die Zusteller vierteljährlich 4.50, monatlich 1.50 Mt.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die Anzeigenspalten 10 Pfennige oder deren Raum 70 Bg., Verlautbarung, Arbeits- und Wohnungsangelegenheiten 60 Bg., auswärtsige Anzeigen 70 Bg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr nachmittags, frühere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 264.

Donnerstag, den 11. November 1919.

26. Jahrg.

Am Abgrund vorbei!

Von Nikolaus Osteroth, M. d. R.

Deutschland ist durch die Verwicklungen des Krieges blutarm geworden. Seine Verschuldung, die 200 Milliarden Mark übersteigt, ist furchtbar. Getilgt kann sie nur aus den Ergebnissen unserer Arbeit werden. Wir sind arm geworden an Rohstoffen aller Art, die zum Wiederaufbau unserer Wirtschaft nötig sind. Unsere Industrie ist gelähmt durch Mangel an Kohlen, Eisen, Stahl, Baumaterialien, Leder, Textilstoffe usw. Unsere Transportmittel sind teils verloren, teils verlottert. Unser Geld ist entwertet bis auf den fünften Teil seines Friedenswertes. Die Menschen sind seelisch und körperlich durch vierjährige Hunger und fünfjähriges Kriegselend zusammengebrochen. Der Hunger geht noch durchs Land, weil die deutsche Landwirtschaft nur zwei Drittel unserer Volksmasse zu ernähren vermag, weil sie ohnedien an Arbeitskräften, Düngstoffen und Maschinen in ihrer Erzeugungsfähigkeit gehemmt ist. Die Einfuhr von Lebensmitteln und Rohstoffen gestaltet sich außerordentlich schwierig und teuer, weil der vierjährige Krieg in der ganzen Welt verheerend gewirkt hat, Millionen von Arbeiterhänden zum Feiern zwang und dadurch die Erzeugung von Lebensmitteln und Rohstoffen unterbunden und den Weltmarktpreis emporgeschoben hat. Was wir dennoch einführen können, wird uns durch die Entwertung des deutschen Geldes um das vier- bis fünffache verteuert über den Weltmarktpreis hinaus, wenn wir statt mit deutschen Rohstoffen und industriellen Erzeugnissen mit Geld das heißt mit einem Kredit auf zukünftig zu leistende Arbeit zahlen müssen.

Wir müssen aber dauernd Lebensmittel für mindestens 20 bis 30 Millionen Menschen einführen. Andernfalls gehen wir langsam dem Hungertode entgegen. Wollen wir aber zu erträglichen Bedingungen Lebensmittel einführen, so müssen wir unsere eigenen und die erreichbaren Rohstoffe der übrigen Welt verarbeiten, um vollwertige Zahlungsmittel für die eingeführten Waren zu bekommen. Ein anderes Mittel zur Gesundung zur Hebung unseres Geldwertes und der Steigerung der Kaufkraft des Geldes gibt es nicht. Keine Lohnerhöhung hat Dauerwert, wenn die Geldentwertung weiter vor sich geht, wenn die Kaufkraft des Lohnes dauernd sinkt.

Der Wiederaufbau unserer Wirtschaft hat zur Voraussetzung, daß wir die nötigen Rohstoffe, vor allem Kohle und Eisen, haben und dazu die nötigen Menschen, die die Rohstoffe gewinnen und verarbeiten. Die letzteren haben wir; sie werden mit der besseren Ernährung körperlich und moralisch auch soweit gesunden, daß sie ihre Rolle im Produktionsprozeß wieder vollwertig spielen können. Mit den Rohstoffen sieht es böser aus. Der Krieg hat die Ergiebigkeit unserer Kohlenzechen zum Teil vernichtet. Die Betriebe fielen der technischen Verlotterung anheim infolge des Mangels an Arbeitskräften, deren Leistungsfähigkeit auch zurückging durch die Wirkung des Hungers. Mit Lothringen und dem Saarrevier gingen uns 17 Millionen Tonnen Steinkohlen und 14 Millionen Tonnen Roheisen verloren. Das ober-schlesische Kohlenbeken mit einer Friedensförderung von 43 Millionen Tonnen Steinkohlen und ungeheuren Zinkmengen kann uns noch verloren gehen, wenn nicht alle in Oberschlesien geborenen Deutschen, die größtenteils dort ausgewandert sind, bei der demnächstigen Volksabstimmung ihre Schuldigkeit tun, und wenn nicht die gemischtsprachige Arbeiterbevölkerung durch eine entschiedene Sozialpolitik für einen Verbleib bei Deutschland interessiert wird. Zu diesen bereits eingetretenen oder drohenden Verlusten an Kohlen, anderen Rohstoffen und Menschen kommen 21 Millionen Tonnen Zwangslieferungen an Steinkohlen an die Entente-länder, so daß unsere Kohlen- und Eisengewinnung auf das schwerste unterbunden ist.

Was uns bleibt, ist nicht ausreichend, um die Existenz von 60 Millionen Menschen sicher zu stellen. Wir gewannen im letzten Friedensjahre 191 Millionen Tonnen Steinkohle und führten dazu 11 Millionen Tonnen ein. Wir verarbeiteten in Deutschland einschließlich der Hausbrandversorgung 157 Millionen Tonnen Steinkohle, so daß wir noch die überschüssigen 45 Millionen Tonnen ausführen konnten. Jetzt aber haben wir eine ganz erschreckende Kohlennot. Die Großstädte und große Teile der Industrie sind nur auf wenige Tage versorgt. Im ersten Vierteljahre 1919 förderten wir 27,9 Millionen Tonnen Steinkohle, gegen 40,1 Millionen Tonnen im ersten Vierteljahre 1918. Das zweite Vierteljahr brachte uns nur 23,6 Millionen Tonnen, gegen 40 Millionen Tonnen im gleichen Vierteljahr 1918. Davon geht noch die Förderung des Saarbeckens und die Zwangslieferung ab. Im zweiten Vierteljahr zeigt sich die verheerende Wirkung der spartanischen Wirtschaftspolitik in ihrer lähmenden Wirkung — für das Volkleben, nicht für die Kapitalisten. Wenngleich infolge der besseren Ernährung der Bergarbeiter und des Fortschreitens der Gesteins- und Ausschleifungsarbeiten die Arbeitsleistung des einzelnen Bergmannes und die Gesamtförderung

um ca. 20 Prozent gestiegen sind, so darf man doch kaum mehr als 110 Mill. To. Jahresförderung für 1919 erwarten, wovon die Saarbedenförderung und die Zwangslieferungen abzustreichen sind, so daß für unseren Selbstverbrauch nur ca. 80 Mill. To. zur Verfügung stehen. In den letzten Friedensjahren, in welchen wir annähernd die gleiche Zahl Arbeiter beschäftigten, betrug unser Eigenverbrauch fast doppelt so viel.

In der Kohlenfrage liegt also die Gefahr für unser Volkleben. Hier liegt das Kernproblem des wirtschaftlichen Existenzkampfes. Aufbau, Ausfuhr, Baluta, Hausbrand und Volksernährung — alles hängt davon ab, ob wir genügend Kohlen haben werden.

Damit wird der Steinkohlenbergbau in den Mittelpunkt unseres wirtschaftlichen Denkens und unserer sozialen Fürsorge gerückt. Der Bergbau wird damit zum Sockel unseres wirtschaftlichen Seins. Der unscheinbare und oft mißachtete Bergmann wird zum Helden unserer Zukunft. Von seinem Arbeitswillen, seinem sozialen Pflichtbewußtsein, von seiner Leistung hängt es ab, ob in Deutschland künftig 60 Millionen Menschen leben können, oder ob Verelendung, Verarmung, Auswanderung das Los eines großen Teiles des deutschen Volkes wird.

So hüfter die Gegenwart ist, so wenig brauchen wir an der Zukunft zu verzweifeln. Denn wir haben die Elemente, die zum Wiederaufbau nötig sind: Menschen und Rohstoffquellen. Die Menschen müssen wir für den Aufbau interessieren, die Rohstoffquellen, die uns vertrieben sind, müssen wir in bestmöglichstem Tempo erschließen und ergiebiger gestalten. Auch die stärkste Steigerung der Arbeitsleistung des einzelnen reicht nicht aus, um die Steinkohlenförderung so zu erhöhen, daß sie für unseren Lebensbedarf ausreicht.

Wir brauchen mehr Arbeitskräfte im Bergbau, vor allem im Steinkohlenbergbau. Im Ruhrrevier sehen wir das betäubende Bild, daß die Zahl der Bergleute im zweiten Quartal d. J. um 19000 Köpfe niedriger ist, als im ersten, weil der Anreiz fehlte, der die Menschen an den Bergbau festhalten könnte, vor allem Löhne, die über dem Niveau der übrigen Arbeiterkategorien stehen. Der Mann, der bis 1000 Meier unter der Erde schwer arbeitet, fern von Licht, Luft und Sonne, muß in seiner Lohnhöhe dauernd über den übrigen Arbeiterkategorien stehen. Und er muß ein Heim haben, das ihm die arbeitfreien Stunden freudvoller macht. Daran ist die Allgemeinheit interessiert. Wir brauchen aber vor allem eine viel höhere Belegschaft im Bergbau. Wenn dem Steinkohlenbergbau müssen wir 150000 Arbeiter zuführen, wenn wir die Kohlenförderung so steigern wollen, daß wir ausreichend Kohlen haben. Um das zu ermöglichen brauchen wir 100000 Bergarbeiterheimstätten, die mehr sein müssen als ein Notbehelf: es müssen menschenwürdige Wohnungen sein, die dem Bergmann auch ein Stück Lebensfreude ermöglichen. In seiner Bekleidung muß der Bergarbeiter vor den Leuten des Arbeitgebers und seiner Angestellten völlig unabhängig sein.

Freilich geht das ohne große Aufwendungen der Allgemeinheit nicht ab. 100000 Bergarbeiterhäuser werden drei Milliarden Mark kosten. Aber der Förderwert von 150000 Bergarbeitern repräsentiert heute pro Jahr fast allein schon diese Aufwendung. Es gibt kaum eine Kapitalanlage, die gewinnbringender angelegt werden könnte. 150000 Arbeiter, die wir durch Schaffung von menschenwürdigen Wohnungen dem Bergbau zuführen, bedeuten eine Steigerung unserer Steinkohlenförderung um ca. 30 Millionen Tonnen. 30 Millionen Tonnen Steinkohle mehr aber bedeuten das Ende unseres Kohlenmangels und die Gesundung unseres Wirtschaftslebens, bedeuten ausreichende Ausfuhrmöglichkeiten, Steigerung der Baluta- und der Kaufkraft des Geldes, bedeuten eine Ertragssteigerung unserer Wirtschaft in dem Maße, daß unsere Verschuldung kein würgendes Gespenst mehr ist, bedeuten Arbeitsgelegenheit für 30 Millionen. Dreißig Millionen Tonnen Steinkohle mehr sichern unsere Lebensfähigkeit und unsere wirtschaftliche Zukunft.

Ob auch die Lüg' uns noch unmachtet...

Der Jahrestag der Revolution hat der deutschnationalen Presse Anlaß gegeben, Sturmfluten von Schmutz über den 9. November 1918 zu ergießen. In einer Sammlung von Stimmen, welche die „Post“ zum Jahrestag der Revolution veranstaltet, nimmt es von „schwarzen Tagen“, „größtem Schandfleck“, „Verrätern“, „Schmach und Vernichtung“, „fluchbeladenen Schuften“ usw. usw.

Auch die „Freiheit“ hat ihre Revolutionsgedennummer. Die „Unabhängigen“ begingen den Erinnerungstag durch Verbreitung einer wüsten Schmähschrift auf Roste, Scheidemann und die ganze deutsche Sozialdemokratie. Ein Artikel stellte zusammen, wie oft allein bei den Abstimmungen über die Verfassung die Sozialdemokratie das Erfurter Programm verraten habe. Dabei ist in allen zehn angeführten Abstimmungen die Haltung der Sozialdemo-

tratie genau entgegengesetzt dem gewesen, was die „Unabhängigen“ behaupten.

Verleumder ringsum! Die einen lägen, wir hätten die Revolution gemacht, um die Niederlage herbeizuführen, oder mindestens durch die Revolution all das Elend dieses Jahres über das deutsche Volk gebracht. Die anderen lägen, wir hätten uns bis zum letzten Augenblick um den Hofensackentron gekümmert und einen neuen nationalen Volkskrieg herbeigeführt, um dann nach dem Siege der Revolution ihnen die Ministerie zu stellen und jetzt dem jeden Tag fünfmal die Revolution verraten. Die einfache Wahrheit ist die, daß die Revolution überhaupt nicht gemacht worden ist. Sie kam als Folge der militärischen Katastrophe. Diese hat die Revolution weder verschuldet, noch vergrößert. „Unabhängige“ und Kommunisten haben zwar ohne Rücksicht auf die Niederlage die Revolution machen wollen, aber niemals die Kraft dazu gehabt. Weder Barths russische Gewehre, noch Ledebours Kesselschrauben haben irgend etwas zur Revolution beigetragen. Das alte System brach einfach zusammen, und hinterließ ein Nichts. Ohne die Sozialdemokratie, welche die Zügel ergriff, wäre das Chaos dagewesen.

Der Zusammenbruch der alten Ordnung führte tatsächlich die Gefahr vollkommener Anarchie mit sich. Ueberearbeitete, ausgehungerte Menschen suchten gewalttätig Erhaltung, Genug, Vergnügen nachzuholen. Freie Zügellosigkeit und Willkür des Einzelnen gab sich für revolutionäres Empfinden und sozialistisches Bestreben aus. Im Loken der Landesherrschaft ließen allein die Sozialdemokratie staatliche Macht und organisatorische Kraft dar. Sie hat das deutsche Volk davon bewahrt, in hemmungsloser Ausschweifung der Revolution zur verächtlichen Klotzfabrik hinabzuwachen und dann noch einmal irgendeinem Generalkäbel zu verfallen. Sie hat Demokratie und Antifaschismus gerettet. Die bewaffneten Putsch haben längst aufgehört, und wie die Reichswehr diese Verbrecher niedergezwungen hat, die als Kommunisten verkleidet, Rauben und Stehlen wollten, so wird die Technische Volkspolizei binnen kurzem auch die Finnen gegen das Gemeinwohl wütenden Stilllegungen lebenswichtiger Betriebe unmöglich machen. Die Arbeitsleistung steigt trotz Friedensverweigerung und neuer Blockade, trotz Geiselnahme von Arbeiterführern und ewiger Prüfung — es geht nach dem schwersten Zusammenbruch der Niederlage im Weltkrieg, wieder aufwärts.

Demagogen rechts und links mögen schmähen und lächeln. Die Sozialdemokratie allein hat Mut und Tatkraft gezeigt. Auf ihr allein beruht die Hoffnung, daß Deutschland nicht ein Tollhaus der Selbstzerfleischung, sondern ein freier, friedlicher demokratischer Staat werde, der in mühseliger jahreslanger Arbeit die verheerenden Folgen entsetzlichen Krieges überwindet.

Ein deutscher Protest gegen die Zurückhaltung der Gefangenen in Frankreich

Die deutsche Regierung hat in Paris folgende Note überreichen lassen:

Herr Präsident! Am 20. August wurde durch amtliche Veröffentlichung der „Agentur Havas“ mitgeteilt, daß die alliierten und assoziierten Regierungen sich entschlossen hätten, den Zeitpunkt des Inkrafttretens des Friedensvertrages, soweit er den Rücktransport der deutschen Kriegsgefangenen betrifft, vorzudatieren. Hinzugefügt war, daß die Vorbereitungen zum Rücktransport unverzüglich beginnen würden. Die Heimkehrbedingung der in amerikanischen, belgischer, englischer und italienischer Hand befindlicher Kriegsgefangenen letzte seit dieser Zeit ein. Sie hat im allgemeinen einen normalen Verlauf genommen, während sich gleichzeitig, wenn auch infolge des bestehenden Mangels an Schiffsraum nur langsam, die Rückfuhr der Deutschen aus der Gefangenschaft in den überseeischen Ländern vollzieht oder vorbereitet. Die französische Regierung allein verweigert den deutschen Kriegsgefangenen die Freiheit. Sie hat sich zwar auf Drängen der deutschen Regierung und die warme, rein menschlichen Empfindungen entzündende Fürsprache des internationalen Komitees vom Roten Kreuz zu der Erklärung verstanden, daß die Heimkehr der Kriegsgefangenen unmittelbar nach der Ratifikation des Friedens durch Frankreich beginnen solle. Frankreich hat ratifiziert; der Friedenszustand für Frankreich ist durch amtliche Erklärung hergestellt und damit der Zeitpunkt für die Erfüllung der Zusage gekommen. Noch immer aber warten die deutschen Regierung und das deutsche Volk auf die Rückfuhr der Gefangenen, ja, sogar auf eine auch nur annähernde Angabe über den Zeitpunkt, wann darauf gerechnet werden kann. Auf niemand können diese Leiden von über 400000 Menschen, die zum Teil seit langen Jahren das harte Los der Gefangenschaft tragen, ihren tiefen Eindruck verfehlen. Der zweite Winter seit Aufhören der Feindschaften rückt mit seiner Härte und Erbitterung heran. Die in den Lagern Frankreichs zurückbleibenden Gefangenen haben ihre glücklicheren, aus amerikanischen, belgischer und englischer Gefangenschaft der Freiheit zuerführten Kameraden an sich vorbeziehen lassen müssen, ohne selbst auch nur einen schwachen Ausblick auf die Stunde ihrer Befreiung zu erhalten. Das Werk der Forderung und Zermürung an Seele und Körper ist an vielen Tausenden in den seit Abschluß des Waffenstillstandes vergangenen Monaten in tästlicher Erwartung des Friedens vollendet worden und fordert mit jedem Tag neue Opfer. Wer sich nicht mit eigenen Augen davon überzeugen konnte, braucht nur die Briefe von Gefangenen zu lesen, aus denen in ergreifender Weise die endlose Qual enttäuschter Hoffnungen spricht.

Man darf sich über die unheilvollen Wirkungen nicht täuschen, die diese Zurückhaltung der Gefangenen in Frankreich für das Schicksal des deutschen Volkes mit sich bringt. Die zahlreichen Vertreter Frankreichs, die sich jetzt in Deutschland befinden und Gelegenheit haben, die Stimmung im Lande zu er-

mitteln, können die französische Regierung darüber nicht im Zweifel gelassen haben, daß die weit über die Kreise der Angehörigen der Kriegsgefangenen hinaus im ganzen deutschen Volke herrschende Erbitterung über die hinausgerückte der Heimkehr der Kriegsgefangenen aufs äußerste gesteigert ist. Das deutsche Volk kann die Haltung der französischen Regierung, die es als a r a u l a m e H ä r t e empfand, nicht verstehen. Die Sorge, die Deutschland nicht zur Ruhe kommen läßt, wächst ständig, da es sich von Monat zu Monat in seiner Hoffnung auf die Wiederkehr seiner Söhne gelöst sieht.

Die deutsche Regierung fürchtet diese Entwicklung umso mehr, als gleichzeitig die innere Gefährdung des Volkskörpers durch schwerste wirtschaftliche Krisen in Frage gestellt ist. Ein Volk, an dessen Körper durch Zurückhaltung der Kriegsgefangenen eine der schwersten Wunden künstlich offen gehalten wird, vermag nach all dem Schwere, was es erdulden mußte und noch erdulden muß, in der Tat nicht mehr diese neue Belastung zu ertragen; sie muß unabweislich zu einer neuen Wölbung der Kraft führen, deren das Volk nicht nur für seinen eigenen Bestand, sondern auch für seine Mitarbeit an dem gemeinsamen Wiederaufbau der durch den Krieg zerstörten materiellen und geistigen Werte so notwendig bedarf. In der Zurückhaltung unserer Gefangenen, die in ihrer Folge weit über die Grenzen des Landes hinausreicht, erblickt die deutsche Regierung eine schwere Gefahr. Sie hält es für ihre Pflicht, mit strengem Ernst und feierlich vor aller Welt darauf hinzuweisen.

Die deutsche Regierung muß noch auf folgendes aufmerksam machen: Seit der Unterzeichnung des Friedensvertrages und schon vor seinem Inkrafttreten hat sich die deutsche Regierung bis an die Grenzen des Möglichen bemüht, den schweren Friedensbedingungen zu entsprechen. Sie hat sich sogar über diese Bedingungen hinaus zu weitgehendem Entgegenkommen bereit gefunden, nachdem von autoritativer Seite ihren Vertretern ausdrücklich verweigert worden war, daß ein solches Entgegenkommen auf die Frage der Heimkehr der Gefangenen einen günstigen Einfluß haben werde. Mit vollem Recht glaubt die deutsche Regierung, daß die Kriegsgefangenenfrage, die nur noch vom Standpunkt der Menschlichkeit aus behandelt werden kann, in einem entgegenkommenden Geiste gelöst wird und die Kriegsgefangenen der Heimat ohne weiteren Aufschub wiedergegeben werden.

Die Friedensvorschläge der Sowjetregierung.

Dem „Nieuwe Rotterdamse Courant“ zufolge veröffentlicht der sozialistische Londoner „Daily Herald“ den Text der Friedensvorschläge der russischen Sowjetregierung, die Oberst Malene aus Rußland mitbrachte. Danach soll der Waffenstillstand aus zunächst 14 Tage abgeschlossen werden. Keine Partei darf ihn zum Transport von Truppen oder Kriegsmaterial benutzen. Die Bürger der russischen Sowjetrepublik sollen freien Zugang zu den alliierten und assoziierten Ländern und allen den Ländern erhalten, die aus dem Gebiet des früheren russischen Reiches entstanden sind. Sie sollen freien Aufenthalt und Verkehr haben und Schutz genießen, solange sie sich nicht in die inneren Angelegenheiten dieser Länder einmischen. Dasselbe soll für die Untertanen dieser Länder dem Ausland gegenüber gelten. Die Sowjetregierung erkennt die finanziellen Verpflichtungen des früheren russischen Reiches gegenüber den fremden Ländern, die den Friedensvertrag unterzeichnen, an. Die Friedenskonferenz soll in einem neutralen Lande stattfinden. Die russische Sowjetregierung erklärt sich zur Annahme der von ihr aufgestellten Vorschläge bereit, wenn diese von den Alliierten nicht später als bis zum 15. November anerkannt werden.

Die Arbeitskonferenz in Washington.

Der Gegenwurf der Arbeiterdelegierten. Nach einer Kabelmeldung aus Annapolis legten Freitag die Arbeiterdelegierten auf der Arbeitskonferenz einen Entwurf vor. Sie verlangen den Achtstundentag und die Achtundvierzigstunden-Arbeitswoche für Industrie und Handel. Inkrafttreten der Konvention für Juli 1920. Sonderkonferenzen für die Seefahrer und Landarbeiter und empfinden allen Regierungen die Annahme der vierundzwanzigstündigen Woche mit einem halben Feiertag Samstags. Sie lassen nur in Notfällen 76 Überstunden im Jahre in Saisonbetrieben zu, und zwar mit einer erhöhten Bezahlung von 50 Prozent, im Gegenzug zum Organisationsausfluß, der 150 Überstunden zu einer erhöhten Bezahlung von 25 Prozent für die Industrie mit plötzlicher Arbeitszunahme und solchen Industrien, wo die Vollenbung der Arbeit nicht festgelegt werden kann, vorgeschlagen hatte. Sie lehnen ferner 150 Überstunden für die nächsten fünf Jahre und 100 Überstunden für die Folgezeit ab, die für die Industrien vorgesehen waren.

Gepannte Lage in Paris.

Paris wird immer mächtiger, wie dem „Ham. Fr.“ von seinem dortigen Vertreter berichtet wird, vom Streikführer geäußert. Seit Sonntag sind weite Straßenzüge durch die provinzielle und die republikanische Garde abgeperrt, die niemand betreten darf. Der Grund dieser Maßregeln, durch die der Verkehr an den wichtigsten Knotenpunkten empfindlich gehindert wird, sind Ausfahrungen der Streikenden in verschiedenen großen Warenhäusern. Für den 7. November, den Jahrestag der russischen Revolution, war ein Generalausschuss der Eisenbahner und Elektrizitätsarbeiter geplant, der aber nur teilweise durchgeführt wurde. Mit größter Dehnung sieht man dem Tag der Wahlen entgegen. Vorläufig ist noch gar nicht zu erkennen, ob sie überhaupt stattfinden können, da die städtischen Beamten streiken wollen, falls ihre Forderungen nicht bis zum 15. November erfüllt werden, doch nimmt man an, daß die Regierung schließlich nachgibt, um am die Wahl zu ermöglichen. Die bürgerlichen Kreise merken der Regierung vor, daß sie den zu erwartenden Ereignissen ungenügend zubeht. Jedenfalls muß man den Vorgängen, die sich in den nächsten Wochen abspielen werden, voll Spannung entgegensehen.

England verweigert Ed. Bernstein die Einreiseerlaubnis.

Schwarz Bernstein und einige andere österreichische Herren, die nach England reisen wollten, um der Konferenz zur Bekämpfung der Hungersnot beizuwohnen, wurden in Rotterdam angehalten, weil die britische Regierung ihnen das Passieren verweigerte.

Ein neuer österreichischer Hilferuf an die Entente.

Die Kohlen- und Hungersnotkatastrophe in Wien hat sich derart verschärft — als Folge der Hungersnot sind bereits mehrere

Storbüchlein zu verzeichnen — daß die österreichische Regierung neuerlich einen dringenden Hilferuf an die Entente gerichtet hat. Es wird darin nachdrücklich um Hilfe gegen Kälte, Hunger und Elend gebeten und auf die schweren Gefahren hingewiesen, denen die Lebensmöglichkeit des lätigen Volkes und der soziale Friede ausgesetzt sind.

Einer Korrespondenz zufolge entschloß sich die Entente bereits, der österreichischen Republik einen Kredit von 800 bis 500 Millionen Franken zum Ankauf von Lebensmitteln und Rohstoffen im Auslande zur Verfügung zu stellen.

Eine Reichenhändlung an Hugo Haase.

Wie es Leute gibt, die durch Tafsachen nicht zu belächeln sind, so gibt es auch eine Sorte Rabikaler, die papageitenmäßig ihre Agitationsphrasen wiederholen, auch wenn diese zehnmal widerlegt worden sind. Anlässlich des Ablebens Hugo Haases hält die „Freiheit“ ihre Behauptung aufrecht, daß Haase ein Opfer der Reaktion geworden sei. Sie schreibt:

„Wie Frau Janres wurde auch Haase von der Hand eines geistig Minderwertigen gemuehelt. Doch hier wie dort steht die Reaktion, die sich ihre Opfer unter den bekanntesten Führern des Proletariats aussucht, als Hauptschuldige hinter dem Verbrechen.“

Es gehört schon ein reichliches Maß von Gewissenlosigkeit dazu, um diesen Vergleich zu ziehen. Raoul Dautin, der Jaures niederzoh, handelte bei aller geistigen Minderwertigkeit aus offenkundigen politischen Beweggründen. Im Augenblick des Kriegsausbruchs wollte er den Mann beseitigen, in dem sein beschränkter Verstand ein Hindernis der Landesverteidigung sah, eine Ansicht, die sich ohne weiteres als Produkt der reaktionären Sozialistengehe darstellt. Wer aber war der Mörder Hugo Haases? Ein rabikaler „Unabhängiger“, der bekannt hat, dieser Partei am nächsten zu stehen und der in Gewerkschaftsversammlungen konsequent für die Rabikatur eingetreten ist. Gewiß, auch er ist geistig minderwertig, aber seine Psyche ist nicht im geringsten von den Schlagworten der Reaktion, sondern ganz allein von den Schreien der Rabikalen und Rabikalisten beeinflusst worden. Bei einem Mann, der ganz im Banne der linksrabikalen Schlagworte stand, ist die Annahme einfach lächerlich, daß die Ermordung Liebknechts oder Rosa Luxemburgs oder Kurt Eisners auf ihn als Vorbild gewirkt habe. Alles spricht vielmehr dafür, daß seine gewalttätigen Instinkte durch den formwählenden Appell seiner Gefinnungsgenossen an die brutale Gewalt geweckt worden sind. Der Januaraufruf, der Märzaufruf, Laten, wie die Ermordung Neurings oder der Münchener Geiseln haben zehnmal eher auf diesen Minderwertigen eingewirkt, die für ihn alltägliche Beobachtung, daß die Kommunisten und Linken „Unabhängigen“ sich bewaffneten und mit den Waffen auf die Straße gingen, haben sein krankes Hirn auf den Weg der Gewalt gelenkt. So sehr die Ermordung Haases gerade von der U. S. P. beklagt werden mag, so kann sie doch nicht leugnen und verdecken, daß ihr Führer letzten Endes das Opfer der Gewalttat des eigenen linken Partei-Flügels geworden ist, einer Gewalttat, die Haase freilich stets bekämpft hat, die aus der U. S. P. zu entfernen er aber nicht stark genug war, und die ihn selber schließlich das Leben kostete.

Politische Rundschau. Deutschland.

Das Polizeigefängnis als Obdach für Streikende.

Es ist kein Phantasieprodukt eines ausgemachten Reaktionsärs oder Gegenrevolutionärs, daß Streikenden ein Jahr nach der Revolution das Polizeigefängnis als — Aufenthalt angeboten wurde, sondern es ist brutale Wirklichkeit, allerdings gemildert durch den Umstand, daß das Gefängnis nicht als Aufenthaltsort für Strafverhütung, sondern als — „Obdach“ dienen sollte! — Und das ging so zu:

In Elberfeld stehen die gastwirtschaftlichen Angestellten seit dem 21. Oktober in einem Abwehrstreik! Die Unternehmer haben den Streikenden nicht nur gekündigt und ihnen die Papiere zugespielt, sondern gleichzeitig 200 weibliche und jugendliche Angestellte, welche bisher im Hause schliefen, obdachlos gemacht! Alle Bemühungen bei der Behörde, den Obdachlosen insofern Schutz zu gewähren, daß dieselben, so lange der Streik dauert, in ihren Schlafstellen zu belassen seien, waren ergebnislos. Die beiden Oberbürgermeister in Elberfeld und Barmen trüben sich auf eine Verordnung, die besagt, daß Streiks ein Grund zur sofortigen Entlassung seien, und diese Verordnung auch bei den weiblichen und männlichen Angestellten, welche im Bezirke wohnen, in Frage kämen. Sie versprachen, für die Unterbringungsmöglichkeit der Obdachlosen Sorge zu tragen und boten sogar an, einen Teil der weiblichen Angestellten in den Zellen des — Polizeigefängnisses unterzubringen, was natürlich abgelehnt wurde! ...

Ein wertwürdige „Gefinnungshändlung“.

In Leipzig hatte in einer „unabhängigen“ Versammlung der Abgeordnete Seger gefordert, daß man die Führer der Partei kontrollieren und darauf achten müsse, daß sie nicht in zwei Organisationen Mitglied seien. Damit wollte Seger zweifellos auf die eigenartige Tatsache hinweisen, daß gewisse rabikale Agis nicht nur in der U. S. P., sondern auch bei den Spartakisten organisiert sind.

In der Generalversammlung der Leipziger „Unabhängigen“ hat nun laut „L. B.“ (Nr. 243), der Redakteur Söthner von der U. S. P. sich gegen Seger gewendet und erklärt, das sei eine Gefinnungshändlung!

Das ist interessant. Die Arbeiter sollen also nicht wissen, daß gewisse „unabhängige“ Führer heimlich auch bei den Spartakisten organisiert sind.

Ein Genrebild.

In den Erinnerungen des Grafen Czernin, die jetzt in der „Kölnischen Zeitung“ veröffentlicht werden, wird u. a. eine entzückende Szene geschildert. Am 5. Februar 1918 gerieten Czernin und Ludendorff heftig aneinander, weil der letztere sich weigerte, für deutsche Anzeigensabgaben einzutreten. Da erwiderte ihm Ludendorff: „Wenn Deutschland ohne Profit Frieden macht, so hat es den Krieg verloren.“ Deutschlands Unglück war es, daß seine herrschenden Kreise immer nur an den Profit dachten und nie an die Rettung des Volkes. Czernin wurde deswegen groß, und als sich die Auseinandersetzung immer mehr zuspitzte, ließ ihn Ludendorff an und schickte ihn zu: „Lassen Sie ihn; wir zwei werden es zusammen machen ohne Ludendorff.“

Das Bild der Szene, wie der Herr Hertling dem Grafen Czernin dieses Trostwort zugespielt hat, während er vor Angst bibberte, daß Ludendorff es hören könnte, ist so schön, daß der Redakteur wirklich etwas verloren gegangen wäre, wenn Czernin es nicht festgehalten hätte. Es gab doch im Kriege mehr Helden, als man sich denkt hat.

Die Zentralstelle des Spartakusbundes aufgehoben.

Im Konjunktur in Berlin wurde ein gemeinsames Bureau des Spartakusbundes aufgehoben, das einheimisch die Proletarientrale der Berliner Kommunisten bildete.

Oberschlesisches Bandenwesen.

In den letzten Tagen haben erneut polnische Banden wiederholt verübt, nach Oberschlesien vorzudringen. Bei Beuthen überfiel eine Bande eine Hochzeitsgesellschaft. Zur Hilfe geeilte Reichswehr verjagte die Bande und nahm einen der Banditen fest.

Rückgrat.

Der Verleger des „Wiesbadener Tageblatt“, der Hofbuchdrucker Schellenberg, hat dem Chefredakteur Heger für die Kündigung, weil der Redakteur das Leserpublikum des „Tageblatts“ nicht für die „Rheinische Republik“ kirre machen wollte.

Kleine politische Nachrichten.

Der englische Generalfeldmarschall Haig ist, Zeitungsmitteilungen zufolge, in Berlin eingetroffen. Die Meldung der „Täg. Rundschau“, daß er Maximilian Harden und zwei „Unabhängige“ empfangen habe, wird von der „Deutschen Wg. Ztg.“ ins Gebiet der Fabel verwiesen.

Am Sonnabend abend wurde in Berlin das Einigungsprogramm der Zentralstelle für die Einigung der Sozialdemokratie, welches als Flugblatt verbreitet werden sollte, beschlagnahmt. Es wird jedoch mitgeteilt, daß die Beschlagnahme nur erfolgt sei, weil das Flugblatt nicht vorher vorgelegt worden war. Die Beschlagnahme ist bereits Montag wieder aufgehoben worden.

Die Sowjetregierung hat zugestimmt, daß im Austausch mit Kadel die drei deutschen Geiseln, die Konsuln Parzlat, Strauß und Brandel die Heimreise nach Deutschland antreten dürfen.

Die Gemeindevahlen in Oberschlesien haben einen vollständig ruhigen Verlauf genommen. Von der Regierung sind 26 Millionen Mark zur Unterstützung der Kriegsgefangenen bereitgestellt worden. Die Summe muß bestimmungsgemäß vor Weihnachten aufgebraucht sein. Kleider und Lebensmittel stehen zu diesem Zweck bereit.

Der polnische General Haller wurde zum Oberbefehlshaber für die an Polen abzutretenden Gebiete ernannt.

Infolge Kohlenmangels mußte in vielen Glashütten Nordböhmens der Betrieb eingestellt werden. Präsident Poincare hat sich zum Besuche des englischen Königs nach London begeben. Er wird hier am 14. November in Paris jurisdemariert.

In Kiew ist die dänische Rot-Kreuz-Mission unter dem Verbot verhaftet worden, die Mitglieder seien Agenten des österreichisch-deutschen Sowjets, der Hand in Hand mit dem russischen Sowjet arbeite.

Das rumänische Ministerium ist zurückgetreten. Die brasilianische Kammer hat den Friedensvertrag ratifiziert. Aus Santiago de Chile berichtet die „Agencia Americana“, daß sich Chile für den Beitritt zum Völkerbund ausgesprochen hat, jedoch mit dem Vorbehalt seiner Zustimmung bei späteren Verhandlungen im Statut.

Tschecho-Slowakei.

Drohungen der tschechischen Eisenbahner.

U. Wien, 10. November. Die tschechischen Eisenbahner drohen, die Kohlenausfuhr nach Deutschland unmöglich zu machen.

Die Friedenskräfte der tschechischen Armee.

Der Elfmillionenstaat im Süden des Deutschen Reiches, die tschecho-slowakische Republik, wird nach der Verfassung einen militärischen Machtapparat mit einer Friedensstärke von 111 000 Mann, 16 000 Unteroffizieren und 10 000 Offizieren mit zweijähriger Dienstpflicht aufweisen.

Vereinigte Staaten.

Der Bergarbeiterstreik gerichtlich verboten.

(W. S. B.). Indianapolis, 8. November. Der Gerichtshof, der sich mit einem Streikverbot der Regierung gegen die Kohlenarbeiter beschäftigte, ordnete an, daß der Streik aufgehoben werden soll. Den Gewerkschaften wurde bis Dienstag abend Zeit gegeben, um die Annulierung ihres Streikbesehls zu veröffentlichen, da viele Arbeiterführer erst telegraphisch auf große Entfernung hin dazu aufgefordert werden müssen.

Hausdurchsuchungen und Verhaftungen in Newyork.

U. Newyork, 9. November. Infolge Hausdurchsuchungen bei radikalen Agitatoren, wurden in Newyork über 100 Personen, darunter 8 Frauen, verhaftet. Werkstätten für Bomben, Banknotenfälschungen, aufrührerische Literatur, rote Fahnen und Feuerwaffen wurden gefunden.

Ende des Dockarbeiterstreiks.

Nach einer Meldung der „Times“ nahm der zwei Monate dauernde Streik der Dockarbeiter in Newyork am Donnerstag sein Ende. Die Arbeiter haben die Arbeit zu den alten Bedingungen wieder aufgenommen.

Aus dem Freistaat Lübeck.

Dienstag, 11. November

Aus der Bürgerschaft.

Die Volksvertretung des lübeckischen Freistaates gestattete den wenigen Tribünenbesuchern und der Presse nur, eine freundliche Widmung des Wortführers an den Protokollführer des Bürgerausschusses, Herrn Dr. Bruns, mit anzuhören, dann mußten diese Gäste den Sitzungssaal verlassen, weil die Auserwählten hinter verschlossenen Türen tagen wollten. Die Pressevertreter sind zwar nicht ungehalten, wenn ihnen eine Kurzpause zum Schmökern geboten wird, jedoch wäre es ihnen angenehmer, diese am Schluß der Sitzung zu genießen. Sie könnten dann anderthalb Stunden eher ihre Arbeit, die mit Sitzungsschluß noch lange nicht beendet ist, fertigstellen. Oder es müßte ihnen gestattet werden, unter der selbstverständlichen Verschwiegenheit der Geheimhaltung beizuwohnen, welchen Brauch viele Stadtverwaltungen bereits eingeführt haben. Im übrigen war es nicht nur den Männern der Feder bekannt, daß es sich um einen riesigen Pump im Staatsinteresse handelt. — Die Tagesordnung mit ihren 15 Punkten erledigte sich verhältnismäßig rasch, bot aber doch den Rednern aus der sozialdemokratischen Fraktion manchen Anlaß zum Eingreifen. So beim Senatsantrag über das Altschiffen in der Pötenitzer Wiek unseren Genossen Hagelstein und Dreger. Genosse Dohrt trat für Freifahrt der Bürgerschaftsmitglieder auf der Straßenbahn ein, Genosse Seger mer erzielte Kommissionsberatung über die Forderung einer neuen Zeichenlehrerstelle, Genosse Raden wandte sich mit Erfolg gegen den Verkauf eines Staatsgrundstückes, Genosse Neeger-Moisling trat für die Moislings beim Holzverkauf ein und Genosse Reiberger verlangte mehr soziale Entgegenkommen bei der Einstellung von Kräften für das Wohlfahrtsamt. Ihm sekundierte Genosse Raskien mit zugkräftiger Schlussfolgerung. Genosse Timmermann forderte endliche Aufhebung der Gesundheitskasse und Genosse Jaekel verlangte, daß das Reich für beschlossene Maßnahmen auch die Kosten trage. Für endliche Neuordnung der Landgemeindevorwaltung trat Genosse Caschorn ein. Wir müssen Kommissionswegen auf den Sitzungsbericht verweisen.

Die Papiertappheit zwingt uns auch, die Auseinandersetzung mit dem famosen übermonarchischen Amtsblatt der alten Republik Lübeck nur kurz zu streifen. Genosse Dreger unterzog nämlich den von uns heretisch gefassten, nachherigen Artikel der „Lübeckischen Anzeigen“ zum Jahrestag der Revolution einer nur zu berechtigten Kritik und zeigte durch Wiedergabe einzelner Stellen, wie habnebüchlich man in der Königstraße mit der Wahrheit umgeht. Wenn es der Raum erlaubte, hätten wir keine Minute gegögert, die 2 1/2seitige endlose Verleumdung abzurufen, um unseren Lesern zu zeigen, wie heute dieselben Leute Parteien und eine Regierung verleumdend, die sie vor Jahresfrist vor sammelten Soldaten in der Kaserne feierliche Treue schworen. Abschließend Hochachtung diesen Schmutzheulen. Daß es höchste Zeit wird, diesem Blatt den amtlichen Charakter vom Titel wegzureißen, darüber ist sich jeder auf vollkommene Reineheit Bedachte mit Genossen Dreger einig. Herr Dr. Wittern war es schließlich peinlich, daß sein gesinnungsverwandten Organ eine solche Tölpelhaftigkeit bezug. Er suchte die Sache umzuwickeln und einen nützigen Ritt gegen unsere übermächtigen Feinde zu unternehmen, bei dem er mitläuft dem schwergeprüften Volk unter die Räder kommen würde. Das wurde ihm vom Genossen Dreger deutlich gesagt. Unser Fraktionsredner wies selbstredend auch die deutsch-nationale Verleumdung über die Notwendigkeit der Freigabe deutscher Kriegsgefangener zurück. Herr Dr. Wittern glaubt seinem Leitblatt noch einen Dienst erweisen zu sollen. Das Amtsblatt hat wie alle zum Verderben Deutschlands Hilfe leistenden Blätter sehr oft die Aeußerung jitiert, das deutsche Heer sei von hinten erdolcht worden. Mit der Absicht natürlich, die große Mehrheit des Volkes zu verleumdern. Dr. Wittern jagte, diese Aeußerung stammt von einem englischen General. Das stimmt. Sonderbar nur, daß die Engländer, die sonst alles aus England Stammende als Lüge bezeichnen, in diesem Falle die britische Aeußerung als Tatsachengeweis anführen. Die Demokraten hielten sich zu der ganzen Angelegenheit reserviert. Und nun zum Schluß. Von heute ab werden in Lübeck wieder die Pöbelhauben auf der Straße spazieren getragen. Um die Schlüssel im Dienst zu kennzeichnen, war eine Aenderung notwendig. Die Mütze soll sich zudem nicht bewährt haben und bei anhaltendem Regen un bequem sein. Sobald die Finanzen es zulassen, soll eine Neuordnung Platz greifen. Wir hoffen, daß dann die neue Kopfbedeckung die Schlüssel recht schön kleidet und wollen uns durch das Symbol der Alten nichts verleidern lassen. Es stolziert ja heute noch mancher Pöbel im Kommissariat herum, während er unter der Hülle rabiaten Gedankens liegt. Auf das Äußere kommt es nicht an. Denn nur die Befinnung jiert den Mann!

Internationale Teuerung.

Die Teuerung, unter der wir leiden, macht sich fast in der ganzen Welt geltend. Nach einer Mitteilung in der letzten Nummer des Reichs-Arbeitsblattes waren die Kleinhandelspreise bis zum Sommer gegen 1914 gestiegen in:

- Belgien um 270 Proz.
- Italien um 106—204 Proz.
- Schweden um 320 Proz.
- Frankreich um 160—193 Proz.
- Norwegen um rund 170 Proz.
- Portugal um 151 Proz.
- der Schweiz um 150 Proz.
- Großbritannien um 116 Proz.
- Dänemark um 112 Proz.
- den Niederlanden um 110 Proz.
- den Vereinigten Staaten um 88 Proz.
- Spanien um 57 Proz.
- Indien um 51 Proz.
- Australien um 47 Proz. und
- Südafrika um 36 Proz.

Wir sind ohne Frage am schlimmsten dran. Aber den anderen geht es meist auch nicht gut und das zu wissen ist doch ein kleiner Trost. Der darf uns aber nicht abhalten, alle Mittel anzunehmen, um eine Besserung zu erzielen. Nur die Hebung unseres Geldwertes jiert eine Verbesserung der wirtschaftlichen Verhältnisse des einzelnen nach sich.

Valuta und Schleishhandel lautet das Thema, über das Genosse Wilhelm Plautner in einer öffentlichen Versammlung am Freitag, dem 14. November, abends 7 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus einen Vortrag halten wird. Im Anschluß hieran soll eine Aussprache über die neue „Spar-Anleihe“, deren Zeichnungsfrist vom 10. November bis 3. Dezember läuft, stattfinden. Alle Bevölkerungsteile haben ein großes Interesse daran, daß sich unsere Valuta bessert, und so auf diese Weise die aus dem Auslande zu beziehenden Lebensmittel und Rohstoffe billiger werden. Eine Besserung unserer Valuta ist aber nur zu erreichen, wenn das Ausland wieder Vertrauen zu uns gewinnt. Die Vorbedingung hierfür ist eine Ordnung unserer Finanzen. Den Schritt hierzu stellt die neue Anleihe dar. Es ist also die Pflicht aller Volksgenossen, nach Kräften diese Anleihe zu unterstützen.

Vom Wetter. Die außergewöhnlich früh eingetretene Kälte ist, wie aus den Feststellungen der einzelnen Beobachtungsstationen hervorgeht, nur in Norddeutschland eingetreten, und zwar nördlich einer Linie, die etwa von Münster über Kassel nach Dresden gezogen werden kann. Südlich dieser Linie herrscht auffallend warmes Wetter. So verzeichnete gestern München plus 10 Grad, Straßburg plus 11 Grad. Mit Schnee und starkem Ostwind ist in der Nacht auf den Sonntag der starke Frost erneut eingebrochen. In Lübeck betrug die Kälte 5—6 Grad, in Hamburg stieg die Temperatur gestern nur bis — 2 Grad und sank in der Nacht auf — 6 Grad. Die Winterfälle erstreckt sich über den größten Teil Deutschlands und ist im Osten, wo Königsberg und Memel heute morgen — 11 Grad, Grünberg und Swinemünde — 6 Grad haben, am größten, während im Rheinlande und in Süddeutschland noch Temperaturen über 0 Grad herrschen. Nachen hat + 2, Kassel und Frankfurt a. M. + 3 Grad. Der erhebliche Schneefall beschränkte sich in der Hauptmasse auf Nordwestdeutschland, Hamburg verzeichnet mit 22 Zentimetern die größte Schneehöhe, Magdeburg hat 13 Zentimeter, Hannover 9 Zentimeter Schneedecke, aber auch in Schlefien liegt ziemlich Schnee, in Breslau von 6, in Grünberg von 9 Zentimeter Höhe. Nach der ganzen Wetterlage ist eine Aenderung des Wetters vorläufig noch nicht abzusehen. Auch die Schneefälle werden noch eine Zeitlang anhalten.

Ueber die verteuerten Kartoffeln gehen uns mehrfach Klagen zu, insbesondere darüber, daß gerade diejenigen von dem Höchstpreis betroffen werden, die nicht in der Lage waren, ihren Bedarf zu decken. Es wird verlangt, daß wenigstens die Lagerbestände zum alten Preis verkauft werden sollen. Von der künftigen Kartoffelstelle wird uns dazu mitgeteilt, daß es unmöglich war, bei den Händlern den Vorrat nachzuprüfen. Es könne sich hierbei nur um wenige Zentner handeln. Im übrigen habe die Kartoffelstelle schon seit acht Tagen den höheren Preis bezahlt, müssen, und ferner sei ein erhebliches Quantum dänischer Kartoffeln auf Lager, die sehr teuer eingekauft wurden und trotzdem zum allgemeinen günstigen Preise abgegeben wurden. — Die Tatsache bleibt trotz allem bestehen, daß die Kubemittel hier wieder einmal die Rechnung bezahlen sollen, die die Agrarier dem Reiche präferieren. Will man gerecht vorgehen und nicht immer neuen Unmut erzeugen, dann müssen die Mehrkosten für die Versorgung auf Staat und Reich übernommen werden. Sonst bleibt immer eine Bevorzugung eines Bevölkerungsteils bestehen.

Eine Erhöhung des Gaspreises ist abermals notwendig geworden. Die Bürgerkassette hat ja ein Gesetz beschlossen, nach dem die Erhöhung der Gas- und Strompreise automatisch mit der Verteuerung der Betriebskosten (Kohle, Kraft, Arbeitslohn uim.) vor sich geht. Der Preis für das Kubimeter wird jetzt von 47 auf 53 Pf. fest. Der Preis für elektrischen Strom beträgt heute 104—111 Pf. für Licht und 59 Pf. für Kraft, der Wasserpreis 23 Pf. bzw. 45 Pf. (bei Mehrverbrauch) und in Travemünde 37,5 Pf. (im Sommer 55 Pf.). Das ist eine sehr unangenehme, aber nicht zu umgehende Maßnahme, die alle Städte

durchführen müssen. Wir haben in dieser Beziehung noch günstige. So hat z. B. Straßburg einen Gaspreis von 72 Pf., Neustrelitz von 75 Pf., Rixdorf von 96 Pf., Berlin-Steiglitz von 53 Pf., auf 80 Pf., Frankfurt a. M. auf 1 Mk., so daß also der heutige Gaspreis trotz der eingetretenen Erhöhung sich noch in verhältnismäßig niedriger Grenze hält. Aber damit können wir uns leider nicht in Sicherheit wiegen. Es ist damit zu rechnen, daß in absehbarer Zeit eine weitere Steigerung eintritt.

Zur Witterung der Ostseeperle teilte die Admiralität Abteilung Seetransport, mit: „Die allgemeine Freifahrt für wechselseitige Verbindungen zwischen deutschen Häfen an der Küste von Deutschland ist wieder genehmigt. Demnach können von jetzt ab Schlepper und Leichter auch außerhalb der Dreimeilenzone fahren, sofern sie einen allgemeinen Daueranweisung an Bord haben. Dieser Daueranweisung muß von allen Schiffen, Schleppern auch innerhalb der Dreimeilenzone geführt werden. Der Fahrverkehr zwischen Deutschland einerseits und Dänemark und Schweden andererseits ist erlaubt.“

Vom „Lübeck“. Wir hatten Montag über die Neuvergabe des Lübecker Volksfestbesuches mit der Erhebung eines Eintrittsgeldes zum Festplatz berichtet. Vom Verein mitteldeutscher Schauspieler und dem Reichsverband Reisender Gewerbetreibender, Ortsgruppe Lübeck, werden wir ersucht mitzuteilen, daß diese Eintrittsgelder vereinbarungsgemäß reiflos dem Reichsbund der Kriegsbeschädigten in Lübeck zugute kommen.

Telegramme nach Italien. Für Telegramme in verarbeiteter Sprache nach Italien ist von der Reichspostverwaltung eine Reihe von Wörterbüchern zugelassen worden, die auf Anfrage von der Kanzlei der Handelskammer aufgegeben werden können.

Glücklingsfürsorge für aus Polen Vertriebene. Der Reichsverband Ostflucht, Abteilung Glücklingsfürsorge, in Berlin, Brinnesinnenpalais, Unter den Linden, Eingang Oberwallstraße 1, ersucht alle aus Polen Vertriebenen und Abgewanderten, ihm ihre jetzige genaue Adresse und zugleich den früheren Aufenthaltsort mitzuteilen, um ihnen für sie wichtige Mitteilungen zukommen lassen zu können.

Einem Feind zum Opfer gefallen ist Montag abend ein Schuppen der Maschinenfabrik Beth in der Schönböckener Straße.

Was sollen unsere Kinder werden? Diese hange Frage erfüllt vieler Eltern Herzen. Zu ihrer Beantwortung mag vielen eine Kenntnis des mittleren Fachschulwesens nützen, über das die Ortsgruppe des Bundes für Erziehung und Unterricht am Mittwoch 6 Uhr in der Ernestinenschule einen Abend veranstaltet, an dem Herr Prof. Wahn über die technische und Herr Direktor Schneider über die kaufmännische Schule spricht. Gäste sind willkommen; eine Vespredung und Beantwortung von Fragen folgen den Vorträgen, so daß auch die praktische Seite zu ihrem Recht kommen wird.

Gemeinnützige Gesellschaft für Möbelbeschaffung m. b. S. Heimkehrende Kriegsgefangene sowie alle Kriegsteilnehmer, welche sich einen eigenen Hausstand gründen wollen, bietet die Gemeinnützige Gesellschaft für Möbelbeschaffung m. b. S. bei Anschaffung von Mobilen besonders günstige Gelegenheit. Unbermittelte Käufer können dabei die Möbel auch auf Ratenzahlung erhalten, jedoch jedem Käufer die Möglichkeit gegeben ist, sich ein eigenes Heim einrichten zu können. Der Ausstellungsraum befindet sich in der Katharinentische und ist täglich von 2—6 Uhr geöffnet.

Stadttheater. Um den Wünschen vieler Theaterbesucher nachzukommen, die bei den Abonnementvorstellungen sich meist vergeblich um einen Platz bemühen, hat die Direktion sich entschlossen, eine Reihe von Vorstellungen (Schauspielen und Opern) außer Abonnement zu wiederholen. Sonderlich nach den Aufführungen von Strindbergs „Kameraden“ wurden Klagen laut, die sicher berechtigt waren. Mühten doch an jedem Abend Hunderte an der Kasse abgewiesen werden. Das Werk soll nun am Donnerstag, dem 13. November, noch einmal außer Abonnement gegeben werden. Die Besetzung ist die alte. — Am Sonntag wird in einer Originalfaser (außer Abonnement) die Erstaufführung des Mirakelstücks „Das Herzwunder“ von Wilhelm von Scholz stattfinden.

Zucker und Treibriemendiebstahl. Am Sonnabend sind aus einem Schuppen am Kanal mittels Einbruchs 3 Sack Zucker gestohlen worden und in der Zeit vom 1. bis 4. ds. Mts. ist aus einer Biegelei bei Bunteluh ein Treibriemen im Werte von 1000 Mk. gestohlen worden. Der noch gut erhaltene Riemen ist durch Riemenverbindung zusammengesetzt.

Angrenzende Gebiete.

s. Kensefeld. Die Gemeinderatsitzung beschäftigte sich mit der Kartoffelerzeugung. Diese gestaltet sich so günstig, daß vom Landesverband angebotene weitere Sendungen aus Mecklenburg abgelehnt werden müssen. Die dem Kopf der Bevölkerung noch zustehenden 82 Pfund können aus dem Gemeindehaus oder beim Fuhrmann Kirgans abgeholt werden. Die aus der Provinz gelieferten Kartoffeln sollen für die Not eingelagert werden. Der Volksbildungsverein Schwarzau wünscht eine Anwendung von 300 Mk. für seine Zwecke und bietet dafür an, daß drei Mitglieder aus Kensefeld im Vorstand Sitz und Stimme haben sollen. Der Gemeinderat beschließt, die bis zum Dezember laufende Periode abzuwarten und dann der Sache näherzutreten. Der gemeinnützige Verein Cleverbrück bittet um bessere Feuerungsbeileuerung und Ausbau der Wasserleitung in der Ringstraße. Es wird beschlossen, vom Stadtmagistrat Schwarzau einen Kostenschlag zu fordern, nachdem alle Anlieger sich zum Anschluß verpflichtet haben. Die Feuerungsbeileuerung nimmt das ganze Interesse des Gemeinderats in Anspruch. Das Anerbieten von Klein-Parin, 50 Kubikmeter Steine zum Klempner der Dorfstraße zu liefern, wird angenommen. Die Beratung der §§ 29 u. f. d. Gemeindeordnung, betreffend Fixierung des Begriffes Gemeindevorstand wurde vertagt, da der Landtag eine neue Gemeindeordnung vorlegen wird. Den Schluß machten einige Gehalts- und Armenangelegenheiten. Der Posten der Schreibhilfe des Gemeindevorstehers soll innerhalb der Gemeinde ausgeschreiben werden.

ir. Gutin. Parteiversammlung. Die Berichte von der Konferenz in Schwarzau und Kiel zeitigen ein Hir und Wider in der Anschlußfrage an Preußen oder Lübeck. Auf jeden Fall soll das Selbstbestimmungsrecht gewahrt werden. Der in Kiel aus sämtlichen Parteien gebildete Ausschuß soll nicht über die Köpfe der hiesigen Genossen hinweg die Anschlußfrage regeln. Hiergegen wird energischer Protest erhoben. Im übrigen soll zunächst das Hauptaugenmerk auf die am kommenden Sonntag, dem 16., erfolgenden Landesausschuwahlen gerichtet werden. Dieser hat alsdann in der wichtigen Anschlußentscheidung auch noch ein Wort mitzureden. Betreffs des Arbeiterrats ist eine entscheidende Bestimmung von der Reichsregierung noch nicht eingegangen. Die allgemeine Ansicht geht dahin, daß bis zur Wahl des Landesvorstandes der gegangene Arbeiterrat im Amt bleiben muß. — Vonseiten der Landwirtschaft (deutsch-nat.) Vertreter im alten Landesausschuß ist schon die Milch- und Butterpreiserhöhung ins Auge gefaßt. Wohlweislich will man damit bis nach den Wahlen warten. Der neue Organisationsplan wird empfohlen. U. a. sollen keine verständliche Schriften dazu dienen, den bereits sehr gestiegenen Mitgliederstand auf dem Lande noch mehr zu heben. Verurteilt wurde das Gebahren des Redakteurs des „Anz. f. d. Fürst. Lübeck“, der ein auffällendes Eingeländt zur Veröffentlichung abgelehnt. Dieses Eingeländt sollte beweisen, daß die Deutsch-Nationalen trotz Ableugens doch Sturm gelassen haben beim Kaiserpräsidenten Langen, der den bisherigen Präsidenten Meyer abberief und Wilms dafür einsetzte. — Hier ist ein vaterländischer Jugendbund gegründet. Die Mittelgewerkschaft in den ersten Volksklassen geschah durch Schriftverteilung an die Kinder, die 1. Quartier Vierteljahrbeitrag mitzubringen haben. Der Kreis- und Provinzialrat befaßt sich auf seinen Visitationen namentlich mit dieser Angelegenheit und jitiert zu diesem Zweck den vor einigen Monaten erfolgten (aber berechtigten) Landarbeitertreff. So wird

versucht, die Kinder gegen die Eltern auszubilden. Gegen die Tätigkeit eines solchen Kreisinspektors legt die Versammlung aufs entschiedenste Fernhaltung ein. Genosse Glöckler erbot sich, weitere Schritte zu unternehmen.

Hamburg. Todessturz. Der Monteur Hahn von den Nürnberg-Mannheimer Maschinenfabriken stürzte auf der Sulfan-Werft aus annähernd dreißig Meter Höhe auf die Plattform eines Krans und blieb mit zerschmetterten Gliedern liegen. Er starb eine Viertelstunde nach dem Unfall. Der Verunglückte ist in Nürnberg ansässig und hinterläßt Frau und sieben Kinder. — Aus Unvorsichtigkeit ist erschossen. In der Wohnung seiner Mutter, im Hause Jellstraße 55, hantierte der 25 Jahre alte Handlungsgehilfe Köhm mit einem geladenen Revolver. Hierbei ging der junge Mann sehr unvorsichtig zu Werke, denn plötzlich trachte ein Schuß und Köhm sank in den Unterleib getroffen zu Boden. Der Schwerverletzte starb auf dem Wege zum Krankenhaus.

Hamburg. Eine Ginbrecherbande, darunter der Münchener Spartakist Storchas verhaftet. Vor einigen Tagen wurde eine fünfköpfige Bande, 3 Männer und 2 Frauen verhaftet, die in einem Bekleidungswaren im Werte von etwa 100 000 Mk. gestohlen hatten. Führer dieser Bande war der frühere Sekretär des Münchener Polizeipräsidenten während der Spartakistenherrschaft, der Kellner Storchas. Eine Töchterin, die wegen wartamtlicher Untriebe aus Deutschland ausgewiesen ist, fand man ebenfalls bei der Bande. Bei der Vernehmung erklärte Storchas, man muß ihn früher ergreifen hätte, dann hätte er das Schicksal seines früheren Präsidenten, der auf Grund des Urteils im Münchener Geiselmordprozeß erschossen worden sei, geteilt, da er selbst am Geiselmord beteiligt gewesen sei. Im Besitz der Bande fand man außer Revolver im Werte von 50 000 Mk., mehrere schwarzschiffene Dolche und schwarzgeladene Revolver. Wiederum sieht man, welches Verbrechensgeheimnis sich zu Spartakus offenbart.

Kiel. Schwere Bootsunkfall. Am Sonntag morgen um 7 Uhr kenterte bei der Bieker Torpedobootsmanoe ein in Schleppe einer Dampfpinasse befindlicher Kutter, der von Matrosen und Mädchen besetzt war, die von einer Matrosenbrigade aus Heitendorf heimkehrten und das Boot unbefugterweise benutzten. Das Fahrzeug war überladen und schlug bei dem herrschenden steifen Ostwind voll Wasser. Ein Teil der Insassen konnte von herbeieilenden Fahrzeugen gerettet werden, doch sind hauptsächlich 15 Personen ertrunken, darunter sieben Mädchen. Drei Leichen konnten bereits geborgen werden. Von „L. 147“ sind zwei Mann ertrunken. Die Personalien der Verunglückten konnten noch nicht festgestellt werden, weil die Geretteten noch nicht vernehmungsfähig sind. Zu dem Unfall wird von amtlicher Stelle berichtet: Am Sonnabend nachmittags gegen 3 Uhr erbat der Vertrauensmann von „L. 174“ die Erlaubnis, daß am Sonntag früh zwischen 5 und 6 Uhr ein Boot gestellt werden möchte, um aus Heitendorf die zu einem Lanvergnügen dort weilende Besatzung „L. 174“ abzuholen, mit der Begründung, die Leute müßten zur rechten Zeit die Dampfheizungswasche übernehmen. Die Erlaubnis wurde mit der Auflage erteilt, daß die Dampfpinasse mit einem Kutter im Schleppe fahren sollte, da im ganzen etwa dreißig bis vierzig Personen in Frage kamen, und daß das Boot der Dunkelheit wegen nicht vor 7 Uhr morgens abgehen sollte. Die Ausführung dieses Befehls ist nicht in der beabsichtigten Weise erfolgt. Die Dampfpinasse mit Schlepboot hat bereits um 6 Uhr morgens ohne Benachrichtigung und Kenntnis des Wachpostens abgeholt. Bei der Ankunft in Heitendorf sind gleich eine große Zahl Marineangehörige mit Frauen in die Boote aufgefahren, jedoch keine Boote halb überfüllt waren. Der Bootsführer und der Vertrauensmann haben sich bei der gefährlichen Weherfahrt energisch dafür eingesetzt, daß nur Anwesende von „L. 174“ mitfahren und die übrigen aussteigen sollten. Ihren Anweisungen wurde aber nur teilweise Folge geleistet. Sie wurden von der gänzlich disziplinlosen Gesellschaft überhört und beschimpft. Die in den Booten anwesenden Unteroffiziere von „L. 174“ haben erfolglos versucht, Ordnung zu stiften. Der Bootsführer versuchte nochmal anzulegen, da nun doch einige aussteigen wollten und auch die Festmacherleine plötzlich losgeworfen war. Da das erneute Anlegen aber nicht gelang, weil wiederum fortwährend von irgendwelcher Seite Befehle in die Maschine hineingerufen wurden, fuhr die Pinasse weiter, wobei jedoch Bootsführer und Vertrauensmann die weitere Verantwortung ablehnten. Als beim Passieren der Lloyd-Brücke die Lage des allmählich vollgelaugten Schlepbootes bedrohlich wurde, versuchte der Bootsführer bei den Brücken anzulegen, jedoch vergeblich, und mittlerweile kenterte das Schlepboot. Die Pinasse stoppte und warf die Schlepleine los. Hierbei kam die Pinasse unter die Kette der Kohlenhufe, wobei der Schornstein umfiel und der Bootsführer und zwei Leute über Bord fielen, die aber alle nachher gerettet wurden. Durch das energische persönliche Eingreifen und Arbeiten der auf den Torpedobooten Angerufenen kamen die Rettungsarbeiten sofort in Gang mit dem oben berichteten Ergebnis.

Theater und Musik.

Die „Plattbüchse Volksall“ hat das Lübecker Publikum bereits mit einer Reihe wertvoller niederdeutscher Dramen bekannt gemacht. Das verdient Anerkennung, zumal die städtische Bühne aus triftigen Gründen — ihr steht das geeignete Personal hierfür nicht zur Verfügung — davon absehen muß, die plattdeutsche dramatische Literatur, die ja nicht fehlen darf, zu pflegen. Nach unserer Meinung ist es auch viel richtiger, unter solchen Umständen auf die Aufführung derartiger Werke zu verzichten, als sie mit Kräften herauszubringen, die nur plattdeutsch zu radebrechen verstehen und damit unfruchtlich tonisch wirken, auch im ersten Spiel. In Hamburg hat sich vor Jahren unter Leitung von Dr. Dhjorg eine „Niederdeutsche Bühne“ gebildet, der zwar keine Berufsschauspieler angehören, an der aber dennoch wirklich künstlerische Kräfte mitwirken, die in der ersten, tiefen geistigen Durchdringung ihrer Aufgaben, in der sicheren, oft bewundernswerten Gestaltung und Charakterisierung der von ihnen zu verwerkenden meist bodenständigen Menschen keine Verzägleiche zu scheuen brauchen. Von ihnen wurde gestern „Das letzte Rad“, ein Stück in drei Akten von Paul Jodert, gegeben. Der Verfasser gibt einen kleinen Ausschnitt aus dem Leben einer in trüben Verhältnissen lebenden Arbeiterfamilie. Er malt grau in grau, aber mit echten Farben. Die Menschen sind armelig, doch es sind wirkliche Menschen, deren Schwächen und Hoffnungen wir alle kennen. Eine Ehe, die in die Brüche geht, weil die wirtschaftlichen Zustände die Gemeinschaft von Mann und Frau fast ganz aufheben. Ein armerlicher, häßlicher buckeliger, nach Liebe hungender Fälscher erhält für seine Gefälligkeiten und Geschenke bei der Frau, die oft und lange allein ist, Rechte, welche nur dem Gatten zustehen sollten. Die Frau geht später freiwillig in den Tod, während der Fälscher um die Liebe des Kindes, seines Kindes, bangt und sie schließlich mit seinem Heim verliert. Der Mann aber, der bisher das fünfte Rad am Wagen darstellte, wird in einer zweiten Ehe mit einer Frau, die ihm Licht und Sonnenchein und Liebe geben wird, die ihm gebührende Stellung erhalten. Die Handlung ist in den beiden ersten Akten etwas schleppend, sie erreicht ihren packenden Höhepunkt im dritten Akt in der Auseinandersetzung zwischen dem buckigen Fälscher und dem von ihm betrogenen Mann. Die Wiedergabe des Dramas unter der von großer Liebe für die niederdeutsche Kunst getragenen, mit feinem Blick und fester Hand arbeitenden Leitung des Herrn Dr. Dhjorg war ganz vortrefflich. Er selbst spielte, nein er erlebte den Fälscher. Und neben ihm wirkten Hans Lang u. a. (Kater Krafft), Volkmar Harvt (Hanne Carstens), Ada Hamer (Kubler), Martha Jarnow (Berie) mit bestem Gelingen, warmblütig und naturwahr mit. Der Eindruck war, besonders zum Schluß, ein nachhaltiger. X.

Verantwortlicher Redakteur: Otto Friedrich.
Verleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

Holstenhaus

G. m. b. H. Holstenstraße 25/33 Lübeck

Ein neuer Beweis
unserer besonderen
Leistungsfähigkeit

Ein Waggon Steingut

12000 Teller Speise

in guter, einwandfreier Ware
glatt und gerippt, weiß und Zwiebelmuster, tief und flach

95% 1.10 1.45

Ein Posten Teller mit kleinen Fehlern
zum Ausschauen, durchweg:

45

Kaffee-Tassen mit Untertassen bunt 85%, weiß 65%	Beilagschalen, eck. 2.25 1.35
Kaffeebecher .. 60% 45%	Kartoffelschalen 2.50 1.25
Milchbecher .. 60% 45%	Kasernennäpfe .. 2.85
Kaffeekumpen. 65% 45%	Bratenplatten .. 2.75 2.00
Geleedosen 2.95 2.75	Bratenplatt. blau 3.50 2.65
Butterdosen ... 3.25 2.75	Saucieren, dekoriert 2.75
Milchtöpfe 1.45 1.15	
Suppenschüssel extra groß mit Henkel 12.75 6 ⁷⁵	

Tafel-Service

2steilig weiß, Beerenmuster u. Goldrand-Dekor
55% 118% 125%

Tonnen-Garnituren dekoriert, 22steilig 98% - bis 36 ⁵⁰
Wash-Garnituren mit Gold-, Blumen- und Ornament-Dekor 125% - bis 28 ⁵⁰
Einzelne
Washkannen u. Krüge von Services 11 ⁷⁵ 7 ⁷⁵
Nachtgeschirre .. 4.75

Gewerkschaftsartikel Lübeck.

Verammlung

am Mittwoch, 12. Nov., abds. 7^{1/2} Uhr,
im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50.

Tagesordnung:

Gründung einer Arbeitsgenossenschaft

Vortrag des Arbeitersekretärs Gogowsky.

Die Kartellkommission.

NB. Zu dieser Verammlung sind die Gewerkschaftsvorstände und der Vorstand des Konsumvereins eingeladen. (9741) D. O.

Einladung zum Böttcher-Ball

am Samstag, dem 15. Nov.,
im

Gewerkschaftshaus.

Das Komitee. (9732)

Friedrichshof.

Mittwoch, den 12. November: (9740)

Gr. Tanzkränzchen.

Eröffnung 6^{1/2} Uhr. Anfang 7 Uhr. Es ladet freundlichst ein P. Brauer.

Louisenlust.
Jeden Mittwoch:
Grosses Tanzkränzchen.
Beginn 6 Uhr. (9741) Aegidius Maa.
Kaffee und Kuchen.

Kolosseum
Jeden Mittwoch: (9739)
Gr. Ball
Anfang 6 Uhr. Heiner. Okde.

B M

„Bekleidungs-Messe“

Handschuhe

Damen-Handschuhe grau, gestrikt, gute Qualität	2.95
Herren-Handschuhe grau, gestrikt, gute Qualität	5.95
Kinder-Handschuhe grau, gestrikt, gute Qualität	2.75

Strümpfe

Damen-Strümpfe schwarz, englisch lang, gute Qualität	8.75
Damen-Strümpfe kraus und schlicht gestrikt, sehr haltbar	9.95
Herren-Socken (Reichware) grau, gestrikt, wollgemischt	4.25 an

Alle Arten warme Unterwäsche
zu ganz billigen Preisen.

Für auswärtige Kunden werden hiervon
große Posten bis 16. Nov. zurückgestellt.

Rudolph **Karstadt** Lübeck

Metallbetten.

Stahlrohrmatraz., Kinderbett, Holz- u. Federmet. Stat. fr. Eisenmöb.-Fabr. Subl i. Th.

Das kommunistische Manifest

50 Pfg. Buchh. Fr. Meyer & Co.

Fußbodenöl

Pfund 1.20, 2.40, 5.50, 6.50 empfiehlt
Th. Schnauer, Glöckengießerstraße 16, Telefon 2414. (9748)

Gewerkschaftshaus Johannisstraße.

Donnerstag, 13. Novbr., abds. 7^{1/2} Uhr:
Volkskammermusikabend

Solistin:
Frau Hilde von Alpenburg - Eberbach (Gesang).

Eintritt Mk. 1.-

Karlen im Gewerkschaftshaus und bei Robert, Breite Straße 29. (9739)

Freitag, 14. Novbr. 1919, abds. 7^{1/2} Uhr,
im Gewerkschaftshaus

Vortrag

von Herrn Wilhelm Planthaler
über

„Valuta und Schleichhandel“

P. S. Nach dem Vortrage freie Aussprache.
Arbeitsgemeinschaft für Volksaufklärung.

Gesellschaftshaus „Weißer Engel“
Ratzeburger Allee 29.

Verkegeln und Auspielen von Gänsen und Hühnern

am 12. und 13. November 1919
Einsatz 2 Mk. (9768) G. Ketter.

Frauenarzt

Dr. Kröner

Breite Str. 41. Tel. 2070
hält wieder Sprechstunden.

Behandlung v. Famit. Gebirnen,
Krankh. Brennlift, Blatin
alt. Gold u. Silb. gold. u. silb.
Zafschendr. Königsstr. 92/93

Leder, Ledersohlen,
Lederabfälle, Leder-
patentsohlen usw.
billigst bei
C. Grimm Nachf.,
Lederhandlung u. Schäfte-
fabrik. 9758

Sozialdemokratischer Verein Lübeck.

Mitglieder- Versammlung

am Donnerstag, 13. November
abends 7^{1/2} Uhr
im Lokale von A. Sabarowski.

Tagesordnung:

1. Aufnahme neuer Mitglieder.
 2. Die politische Lage. Referent: Gen. Friedrich-Lübeck.
 3. Vorstandswahl.
 4. Innere Vereinsangelegenheiten.
- Zahlreiches Erscheinen ermartet (9776) Der Vorstand.

Stadthalten- Lichtspiele.

Lübeck, Mühlenbrücke 13

Nur noch drei Tage:
Der erste Maxim-Film
1919-20

Die Verführten.

Drama in 6 Akten, nach dem gleichnamigen Roman von Hans Hyan.

Hauptdarsteller: Scholz-Pietro und Gertraud Welker vom Deutschen Theater.

Das Kreuz am See

Ein tiefgreifendes Schauspiel in 4 Akten mit Lissy Lind u. Max Laurencen in den Hauptrollen. Außerdem Industrie und Naturaufnahmen. 9768

Hansa-Theater

Dienstag, 7 Uhr: 9768

Eine Ballnacht.

Operette von O. Straus.
Mittwoch: } Eine Ball-
Donnerstag: } nacht.
Freitag: }

Stadttheater Lübeck

(9755)
Dienstag, den 11. November:

9. Vorst. im Dienstag-Abonn.
Anfang 7 Uhr:

Der Evangelimann.

Musikalisches Schauspiel in 2 Aufzügen von Kienzl.
Mittwoch, d. 12. November:

Richard III.

9. Vorst. im Mittwoch-Abonn.
Donnerstag, d. 13. Novbr.
Zum letzten Mal!

Kameraden.

Freitag, den 14. November
2. Vorst. im Opern-Zyklus
9. Vorstellung im Freitag-
Abonnement.

Doktor und Apotheker.
Der Dorfbarbier.

Verammlung der Lübecker Bürgerschaft.

h. Lübeck, 10. November.

Beginn 6 Uhr.
Der Vorsitzende widmet dem Protokollführer des Bürgerausschusses Dr. Brunns anlässlich seiner 25jährigen erfolgreichen Tätigkeit Worte herzlicher Anerkennung. — Eingegangen ist eine Eingabe der Händler zwecks Neuordnung des Weihnachtsmarktes und vom Verein für Heimatpflege über den Schutz unserer Wälder. **Hagelstein** (Soz.) wünscht Vorlagen, die eingemeindete Gebiete betreffen, zu Beginn der Sitzung verhandelt, damit die Bürgerschaftsmitglieder von diesen Bezirken bei der Behandlung auch anwesend sein können. — Vom Vorsitzenden wird Erfüllung des Wunsches nach Möglichkeit zugesagt.

Der erste Antrag wird in nichtöffentlicher Sitzung verhandelt.
2. Antrag: Nachsehen durch Travemünder Einwohner. **Hagelstein** (Soz.) befürwortet die Erhöhung der Einkommensgrenze auf 3500 Mk. Die neue Vorlage mache für die minderbemittelte Bevölkerung Travemündes das Nachsehen unmöglich. In den meisten Fällen werde nicht mehr gestochen als im Haushalte verbraucht werde. Die Schlutuper und Gohmünder Fischer hätten sich wohl nur einseitige Auskunft geholt. Die Travemünder Fischer hätten mindestens dasselbe Recht in der Pötenitzer Wiek zu fischen. Die wirtschaftlich Schwachen würden einfach aus der Pötenitzer Wiek herausgejagt. Redner stellt einen Antrag, die Vorlage an den Senat zurückzuverweisen und eine neue Vorlage zu bringen, nach der die wirtschaftlich Schwachen nicht schlechter gestellt werden dürfen.

Dr. Wittern (Deutschn.) weist auf den einstimmigen Beschluss des Bürgerausschusses in dieser Frage hin und hebt hervor, daß der Travemünder Einwohner das Nachsehen im Pötenitzer Wiek jahrhundertlang verschlossen gewesen sei. Durch entgegengeleitete Bestimmungen würde die Fischerzwei im Wiek gestört und dadurch die Gesamtheit geschädigt werden. Selbst die Berufsfischer hätten sich deshalb Beschränkungen im Nachsehen auferlegt. Man sollte den Zeitpunkt der Neuordnung nicht weiter hinauschieben.

Senator **Mehrlein** ersucht, die Vorlage jetzt anzunehmen und an den Senat das Ersuchen zu richten, die Angelegenheit noch einmal zu prüfen. Dann würde wenigstens gleich eine Verbesserung erzielt.

Dreger (Soz.) wünscht die Fischerzwei einmal eingehend geprüft, um den Klagen der Travemünder Fischer nachgehen und einen Ausgleich zwischen den Travemünder und Schlutuper Fischern zu schaffen.

Dr. Meyer-Lürßen (Dem.) macht auf die Schwierigkeiten einer Veränderung der Fischerzweifische aufmerksam und empfiehlt, den von Senator Mehrlein empfohlenen Weg.

Hagelstein (Soz.) weist darauf hin, daß nur wenige Einwohner das Nachsehen ausüben könnten, während die Schlutuper Fischer in ihrer Gesamtheit alle zu fischen in der Lage seien. Den Antrag könne er nicht zurücknehmen. Wenn seinem Wunsche nicht nachgegeben werde, müßten manche der Erwerbslosenfürsorge anheimfallen.

Kiemann (Dem.) wendet sich gegen das Nachsehen im Sommer.

Der Antrag Hagelstein wird abgelehnt, der Senatsantrag angenommen.

3. Antrag: Beteiligung Lübecks an der Kraftverkehrsgeellschaft m. b. H. „Nordmark“.
Wird genehmigt.

4. Antrag: Veränderung der Zusammenlegung der Betriebsbezirke, Abteilung für den Schlachthof.

Henl (Deutschn.) erklärt, ein Teil der Landleute hätte während des Krieges viel Geld verdient, aber nicht so viel wie die Kaufleute. Die staatlichen Behörden bezahlten das Vieh so schlecht, daß die Landwirtschaft gezwungen wäre, die Viehzucht einzuführen. Auch die Tierverwertungsanstalt bezahle für verwendete Tiere jämmerliche Preise. **A. B.** werde für ein solches Tier 8 Mark bezahlt, während die Abfälle mehrere hundert Mark allein für die Haut erhalte. Redner stellt ein entsprechendes Ersuchen an den Senat.

Boht (Soz.) fordert für die Bürgerschaftsmitglieder freie Fahrt auf der Straßenbahn. In den meisten Städten werde diese Freiheit gewährt. Sie sei notwendig, damit die Bürgerschaftsmitglieder sich an Ort und Stelle orientieren können, wenn Senatsvorlagen Besichtigungen notwendig machen. Redner stellt ein diesbezügliches Ersuchen an den Senat.

Der Senatsantrag wird angenommen.

5. Antrag: Veränderung des § 5 des Gesetzes vom 21. April 1870, die Gehalte der von Lübeck ernannten Richter und Gerichtsbeamten betreffend.

Dreger (Soz.) erinnert an den gestrigen Jahrestag der Gründung der Deutschen Republik, der großen Teilen unserer Bevölkerung Anlaß zum Bedenken geboten habe. Unbekümmert um politische Meinungsverschiedenheiten hätte man auch vom höchsten Amtsblatt eine gerechte Würdigung verlangen können. Statt dieser habe das Amtsblatt in einer Art und Weise gegen die Behörde losgezogen, die jeder Beschreibung spottete. Und eine solche Stellungnahme erlaube sich das Amtsblatt, in dem die Gefelle veröffentlicht würden. Dieses Blatt schreibe über den 8. November als einen Tag dunklen Schattens, der nur zu gern aus dem Gedächtnis getilgt würde. Es bestreibe die Unversenktheit, über die Ergebnisse des 9. November von einer Wahnsinnstas verblender Massen zu schreiben. Redner verliest einzelne Stellen des Artikels und weist auf den Konnex derjenigen Kreise hin, die dem Amtsblatt am nächsten stehen und die mitgeholfen haben, das Volk in dieses Elend zu stürzen. Die Vorwürfe des Amtsblattes richteten sich gegen eine Partei, die es sich zur Aufgabe mache, das deutsche Volk aus diesem Wirrwarr herauszuführen. Die politische Meinungsfreiheit solle gewiß nicht angefaßt werden, aber einem Blatte, das derartige Vorwürfe gegen die Regierung bringe, könne unmöglich länger der amtliche Charakter überlassen bleiben. Redner stellt den Antrag, sofort ein Organ zu schaffen, in dem die amtlichen Nachrichten der freien und Hansestadt Lübeck veröffentlicht werden.

Senator **Kulenkamp** erklärt, daß das Amtsblatt als solches keine politische Meinung aussprechen könne. Der Senat habe damit nichts zu tun.

Dr. Wittern (Deutschn.): In der Unterkommission über die Verfassungsfragen sei bereits einstimmig beschlossen, alle amtlichen Veröffentlichungen selbständig herauszugeben und sie nicht mit einem politischen Blatte in Verbindung zu bringen. Herrn Dreger's Ausführungen könnten doch als Unterbindung der politischen Meinungsfreiheit angesehen werden. Eine Beschimpfung des Senates sei in dem fraglichen Artikel nicht enthalten. Die Behauptung Dreger's, der Senat sei das Produkt der Revolution, entspreche nicht den Tatsachen. Die Hurramacherei verurteile auch er, sie sei ein Punkt mit, der uns mit in den Abgrund geführt habe. Seit Jahresfrist habe die Niedertracht unserer Feinde es fertig gebracht, unsere Gefangenen immer noch festzuhalten. Dagegen müsse energisch Front gemacht werden. Würden die Gefangenen nicht freigegeben, dann müßte die Einhaltung der Friedensbedingungen abgelehnt werden. Statt Reden, sollten wir Taten setzen lassen.

Dreger (Soz.) ist der Meinung, daß Herr Dr. Wittern sich der Tragweite seiner Worte nicht bewußt sei. Mit derartigen Drohungen und mit den Taten der äußersten Linken könnte man nur die Ententeheere noch weiter ins Land hineintreiben. Diesen Weg zu beschreiten, könne man nicht genug warnen. Die Zurückhaltung der deutschen Gefangenen bedauere niemand mehr als seine Partei. Wenn aber Wittern, wie die „Lübeckischen Anzeigen“ noch schreiben, das deutsche Volk sei seinen eigenen Soldaten in den Rücken gefallen, dann besagten die geschichtlichen Tatsachen, daß etwas anderes.

Dr. Görz (Dem.) erklärt, die Verfassungskommission befaße sich mit der Frage des Amtsblattes, weshalb seine Fraktion es ablehne, auf die Ausführungen Dreger's einzugehen. Für die Befreiung der Gefangenen lege sich seine Partei selbstverständlich ein, ob aber die Forderung Dr. Wittern's die richtige sei, müsse dahingestellt werden.

Der Senatsantrag wird angenommen.

6. Antrag: Schaffung einer neuen Zeichenlehrerklasse. **Schermer** (Soz.) weist darauf hin, daß durch Schaffung der Stelle event. zwei Gehaltsklassen für Lehrer mit derselben Vorbildung geschaffen würden. Uebrigens sei ein Zeichenlehrer vor einiger Zeit wegen Mangel an ausreichender Beschäftigung entlassen worden. Dabei handelte es sich um einen Kriegsbefähigten. Redner beantragt Kommissionsberatung.

Vom Senatsrat wird erklärt, es handle sich hier um eine personelle Angelegenheit, die Sache der Oberbehörde sei. Der Antrag Schermer wird angenommen.

7. Antrag: Nachbewilligung für die Oberbehörde.
Wird genehmigt.

8. Antrag: Verkauf von Grundflächen an den Fahrwerksbesitzer **Joachim Parbs** in Lübeck.

Kadde (Soz.) verweist auf den grundsätzlichen Standpunkt seiner Fraktion zum Verkauf städtischer Grundstücke. Den vorliegenden Verkauf halte er nicht für angebracht. Der Staat könne das Grundstück noch besser verwerten.

Senator **Dr. Kiemann** tritt für den Verkauf ein. Das Areal sei nicht besonders gut gestaltet. Nur weil der Käufer es zu Erweiterungszwecken brauchen könne, gäbe er den hohen Preis. Zu Spekulationszwecken werde das Grundstück nicht erworben.

Kadde (Soz.) tritt wiederholt für Ablehnung des Senatsantrags ein, während **Boht** (Dem.) und **Pedelhoff** (Deutschn.) den Verkauf befürworten.

Die Senatsvorlage wird abgelehnt.

9. Antrag: Mittel für außerordentliche Holzfüllung im **Thraesdorfer Revier**. (300 000 Mk.) **Neufeld** (Dem.) bemängelt, daß den Ausgaben keine Einnahmen gegenüberstehen und bedauert die durch die Not hervorgerufene große Abholzung. Man sollte versuchen, wertvolle Wälder zu schützen.

Senator **Dr. Neumann**: Die Einnahmen aus der Holzfüllung werden sich vielleicht auf eine Million belaufen. Der grundsätzliche Standpunkt des Vereins Heimatpflege werde von den Behörden restlos geteilt. Der Wald leide natürlich unter der großen Abholzung, die nur der bittersten Not entspringe. Dagegen müßten alle Bedenken zurückgestellt werden. Schonungslos werde auf alle Fälle verfahren. Es sei aber eine Ueberreibung, wenn man z. B. von einer Schändung des Deepenmoors spreche. Das schöne Landschaftsbild werde erhalten, das müsse jeder zugeben. Der eine Beschäftigung vornehme. Für Siedlungsland brauche kein Wald abgeholzt zu werden. Der kleine Kleefenwald bei der Herrenbrücke sei gänzlich wertlos, jener Platz für Arbeiterfriedhöfen notwendig.

Meyer (Soz.) fragt, ob in Moisling auch eine Verladehalle für dort gelagertes Holz errichtet würde. Dies sei notwendig, damit die Moislinger Einwohner das Holz nicht aus Lübeck zu holen brauchen.

Senator **Dr. Neumann**: Der Verkauf ist Sache des Landesverwaltungsamts, das die Wünsche wohl berücksichtigen wird.

Timmermann (Soz.) kommt auf die hohen Anfuhrkosten für Feuerungsholz zu sprechen, die sich auf 2,50 Mk. für den Sad belaufen. Der Preis sei außerordentlich hoch, zumal nicht jeder in der Lage sei, sich das Brennmaterial selbst heranzuschaffen.

Ambrösius (Dem.) erklärt, die Berechnung sei eingehend der Prüfung unterzogen worden. Unter Würdigung der Anfuhrkosten hätten die Preise als gerechtfertigt anerkannt werden müssen.

Der Senatsantrag wird angenommen.

10. Antrag: Nachbewilligung für das Stadt- und Landamt. **Caschow** (Soz.) bemängelt, daß die Gemeindevorsteher immer noch nach der alten Landgemeindevorordnung gewählt werden. Dies stehe im Widerspruch zu Artikel 17 der Reichsverfassung.

Senator **Dr. Neumann** erklärt, die Vorlage über Neugestaltung der Landgemeindevorordnung sei in Arbeit, wenige Punkte seien noch zu prüfen.

Die Senatsvorlage wird angenommen.

11. Antrag: Schaffung einer weiteren Müllentsefelle beim Wohlfahrtsamt.

Reisberger (Soz.) fordert, daß man sich bei Neubesetzung der Stellen auch an die Arbeiterkassen wende und Leute heranziehe, die in der Sozialgesetzgebung Beschäftigung gefunden hätten. Diese könne im Verhältnis ihrer Stärke Heranziehung ihrer Kräfte verlangen. Statt dessen verfolge man sogar, ihre Anhänger aus dem Wohlfahrtsamt hinauszudrängen. Selbst dieses Handeln passe wohl den maßgebenden Personen nicht. Redner verweist auf Hamburg, wo in diesen Monaten von 2300 Anstellten 1600 Parteigenossen seien, die durch ihre praktische Erfahrung Gutes geleistet hätten. Allerdings könne man hier mit Gehältern von 280 bis 350 Mk. keine tüchtigen Kräfte erhalten. Die heutige Bezahlung fordere gebieterisch eine Neuregelung der Beamtenselbstbeförderung, die der Senat längst aus sich selbst heraus hätte vorbereiten müssen. Mehr demokratischer Geist müsse endlich in die Behörden einziehen.

Senator **Dr. Neumann**: Die Befehung der Beamtenselbstbeförderung hat mit einer Partei nichts zu tun. Da entscheidet die Tüchtigkeit. Eine Verschiebung, Parteipersonen einzustellen, besteht nicht. Die Hilfskräfte sind alle partiellisch zusammengesetzt, ihre Tätigkeit funktioniert vorzüglich. Die Behörden dürfen nicht mit dem Zwange belegt werden, Leute aus bestimmten Parteien anstellen zu müssen.

Kadde (Soz.): Die Ausführungen meines Fraktionskollegen sind dahin zu verstehen, daß den Tüchtigen freie Bahn geschaffen wird. Dazu ist es notwendig, jede Beschäftigungsbefähigung hinzuzuziehen. Mit den jetzt gewährten Monatsgehältern ist keine Gelegenheit geboten, den Tüchtigen freien Lauf zu lassen. Eine solche Beförderung können wir nicht verantworten.

Senator **Dr. Neumann**: Die Beförderung muß nach dem Beamtenselbstbeförderungsgesetz vorgenommen werden. Eine Revision in ruhigen Zeiten ist notwendig. Werden die Teuerungszulagen mitgerechnet, ist mit den Gehältern auszukommen.

J. Reimpell (Dem.) hebt die traurige Lage der Beamten hervor.

Ingenieur Horstmann.

Roman von Wilhelm Segeler.

34. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

„Gelangt soll auch werden?“ fragte er den Diener.
„Ja, die Köchin meinte, vielleicht würde auch noch getanzt. Das könnte man bei der gnädigen Frau nie wissen. Wenn hier was los wäre, würde es immer lustig, hat sie gesagt.“
„Bringen Sie mir den schwarzen Rod!“
„Wollen Sie wirklich mittan? Glauben Sie, daß es für Sie gut ist, wenn Sie das Halloß mitmachen?“
„Haben Sie verstanden, Sie sollen mit den schwarzen Rod bringen!“
„Ich bringe ihn ja schon, und Stiefel müssen Sie wohl auch anziehen.“

Er schlurfte langsam hinaus, und ehe er noch die Tür geschlossen hatte, stand er sich die abgebrochene Tonpfeife in den Mund. Als er zurückkam, sah Horstmann in seinem Stuhl und hatte mit aufgeschüttetem Kopfe ins Lampenlicht.
„Sie können gehen. Legen Sie die Sachen da hin!“

Während der Ingenieur in seinem Innern sich über die Frechheit seiner Frau empörte, hatte er den Impuls, dagegen einzuschreiten, verloren. Erst als die Töne des Klaviers zu ihm drangen, fuhr er auf. Jeder Ton schmerzte ihn und steigerte seine Wut. Eine Weile horchte er mit geballten Fäusten, Bewunderungen ausstehend. Dann zog er Rod und Stiefel an und ging hinaus. Ohne anzuklopfen trat er ein.

Einen Augenblick blieb er in der Tür stehen und ging die Gesichter durch. Alles blickte nach der Tür hin. Die einen betrachteten ihre schlafige, gelangweilte Miene, andere waren erstaunt, Frau Döbisch hatte ihn an, mit offenem Mund, der in ihrem verfallenen Gesichte ein großes schwarzes Loch bildete. Solcher grüne spöttisch, Dehwiß hatte die Stirn gerunzelt und warf ihm drohende Blicke zu, neben ihm sah ein Fremder, der ihn neugierig fixierte. Jetzt bemerkte er, wie seine Tochter ihre Mutter, die ahnungslos dem Spiele gelauscht hatte, anstieß, und als er nun den erschrockenen Ausdruck seiner Frau bemerkte, schlug sein Herz in wilder Freude und Wut. Eine Sekunde suchte Annas Bild über die Gesichter der andern, sofort aber hatte sie ihre Haltung wieder. Mit heiterem Lächeln kam sie auf ihn zu und flüsterte:

„Es ist nett, daß du gekommen bist. Setz dich!“
Über Horstmann machte sich von ihrer Hand los, ging zu dem Klavier, an dem Oberstadt ohne Unterbrechung weiter gespielt hatte, und schlug den Deckel auf.

„Entschuldigen Sie,“ sagte er höflich. „Diese laute Musik tut meinen Nerven weh.“

Dann nahm er, ohne sich um den wilden aufgesprungenen Komponisten zu bekümmern, in einem Sessel Platz und schlug die Beine über. Er war der einzige, dessen Gesicht einen vollkommen ruhigen Ausdruck bewahrt hatte. Nachdem einige Augenblicke verstrichen waren, sagte er:

„Ich muß wirklich um Entschuldigung bitten über die Störung, aber ich kann absolut keine Musik vertragen.“

Anna trat auf ihn zu; während sie in ihrem blassen Gesicht laum den irritierten Haß verbergen konnte, streifte sie ihm sanft über die Haare.

„Lieber Gustav, Herr Oberstadt hatte die Güte, uns seine Sonate vorzuspielen. Darum habe ich die Herrschaften gebeten, zu mir zu kommen. Laß ihn, bitte, das Stück zu Ende spielen.“

„In meinem Hause nicht!“

„Unerhört!“ rief Alice.

„Was findest du unerhört, Schwägerin?“

„Als diese nicht antwortete, fuhr er ruhig fort:

„Wenn dir an Musik so viel gelegen ist, laß sie doch in deinem Hause spielen. Nicht für der Lärm bei der Arbeit.“

„Bis jetzt hatte Frau Oswald ruhig, mit lächelnder Miene dagesessen. Nun aber, ihrem Gesicht noch mehr den Ausdruck vollkommener Höflichkeit gebend, sah sie sich im Kreise um und erhob sich, wie zum Aufbruch auffordernd.“

Da sagte Dehwiß:

„Ich möchte dich auf ein Wort sprechen, Schwager.“

Horstmann, dessen Miene sich allmählich verfinsterte, sah ihn an.

„Was willst du?“

„Vielleicht gehen wir ins Nebenzimmer.“

„Nebenan?“ erwiderte der Ingenieur. „Warum nicht hier?“

„Willst du mir etwa mitteilen, daß du deine Schulden bezahlst?“

Das ist das einzige, was mich an dir interessiert.“

Dehwiß machte eine Bewegung, wie um sich auf Horstmann loszuspringen, aber seine Frau hielt seinen Arm fest. In dem Augenblicke erhob sich Frau Oswald schnell und veranlaßte auch die übrigen zum Aufbruch. Alle standen bestürzt auf. Horstmann sagte:

„Es tut mir sehr leid, daß dieser Auftritt passiert ist. Aber Sie wissen vielleicht, ich war sehr krank, und meine Nerven sind noch immer angegriffen. Es ist gewiß taktlos, daß ich die Musik unterdrück. Aber es ist wohl auch taktlos, daß man in das Haus eines Kranken eine Gesellschaft einlädt. Entschuldigen Sie, bitte.“

Er verbogte sich leicht. In seinen ruhigen Worten lag eine Ueberzeugungskraft und ein Aufstand, daß in diesem Augenblicke

niemand den Eindruck von ihm hatte, er sei ein Verräter. Frau Oswald drückte ihm kräftig die Hand und sagte sehr laut, in einem Ton, der die Bosheit ihrer Worte durch seine Herzlichkeit verklärte:

„Wir müssen Sie um Entschuldigung bitten, Herr Ingenieur.“

„Es ist gewiß nicht taktvoll, daß hier eine Gesellschaft stattfindet, aber — wir sind nur die Geladenen.“

Dann legte sie ihr allerhöchstdinständiges Lächeln um die Lippen

„Adieu, Frau Horstmann.“

Hinter ihr ging die ganze Gesellschaft in wirrer Hast mit eiligen Verbeugungen hinaus. Der Ingenieur blieb mit Anna, Frau Regierungsrat, Alice und Lotte allein im Zimmer. Nach einigen Augenblicken kam Dehwiß wieder herein, Horstmann blieb vor seiner Frau stehen:

„Ich will von nun ab keine Gesellschaft mehr in meinem Hause haben, von der ich nicht vorher weiß. Verstehst du?“

Anna sah ihn gefällig an:

„Glaubst du, daß nach diesem Auftritt noch jemand in mein Haus kommt?“

„Du bist an dem Auftritt schuld. Hast du nicht bemerkt, Frau Oswald wußte meine Beweggründe zu würdigen!“

„Ja die!“ erwiderte Anna, während ihre Gestalt vor innerem Wut hefte. „Die gab dir recht! Der hast du das größte Bewußtsein bereitet.“

Sie warf sich auf das Sofa und brach in Tränen aus. Frau Döbisch setzte sich zu ihrer Tochter, Alice ließ nach einem Eau-de-Cologne-Fläschchen.

Lotte hatte sich an ihrem Vater geschmiegt und sah ihn ängstlich an.

„Weißt du, daß du durch dein Benehmen deine Frau unmöglich machst?“ sagte Dehwiß.

„War das die Bemerkung, die du mir machen wolltest?“

„Allerdings.“

„Dann laß dir gesagt sein, und ich bitte, daß du dir das von jetzt an merkst: ich bin hier Herr im Hause. Niemand anders.“

In meiner Güte habe ich euch zu viel Freiheit gelassen, da habe ich eure Position verkannt. Ihr seid meine geliebtesten Leute, weiter nichts. Das schreibt euch hinter die Ohren: du und deine Frau und Annas Mutter.“

Dehwiß Augen waren klein geworden vor Wut.

„Weißt du, was meine Antwort wäre, wenn ich nicht bedächte, daß du ...“

Horstmann trat auf ihn zu und leuchtete:

„Sprich nur! Sprich nur!“

„Wenn du bei Verstand wärest, schidste ich dir morgen meine Zungen.“

Fortsetzung folgt.

Reisberger (Soz.): Wir wollen die Frage nicht zu einer Parteifache machen, verlangen aber, daß unseren Parteigenossen keine Schmitzigkeiten gemacht werden.

Der Senatsantrag wird angenommen.
12. Antrag: Erlass eines Nachtrages zur Bauordnung für das Wasser-Sanctgebiet vom 19. Februar 1919.
Wird angenommen.

13. Antrag: Aenderung des Gesetzes betr. die Gefindefrankenkasse.

Timmermann (Soz.) fordert im Namen seiner Fraktion Aufhebung der Gefindefrankenkasse und Einverleibung in die allgemeine Ortskrankenkasse. Die Gefindefrankenkasse sei nicht in der Lage, sich mit eigenen Beiträgen zu erhalten, sie arbeite mit erheblichem Defizit, das sich im vorigen Jahre auf 12000 Mk. belaufe. Am dem Herbsttag zu werden, müßten höhere Beiträge gezahlt werden. Der Staat dürfe nicht der Beitragszahler werden. Senatsmitglied Dr. Lampe sagt eine Vorlage zu.

Der Senatsantrag wird angenommen.

14. Antrag: Uebernahme von militärischen Gasenlieferungsstellen durch das Polizeiamt.

Jaeschke (Soz.) reweist auf die Pflicht des Reiches, dafür zu sorgen, daß die Stellen besetzt werden. Rechner fragt, ob die Gasenlieferungsstellen oder die des Reiches bei dieser Einrichtung Pächter sind.

Senator Mehrlein erklärt, es sei selbstverständlich, daß das Reich die Kosten tragen müsse, da es sich vorwiegend um Reichsangehörigen handelte. Höchstens etwa 10000 bis 12000 Mk. dürften die hauptsächlichsten Kosten durch das Reich.

Amrosius (Dem.) wünscht eine Kennzeichnung der im Dienst befindlichen Schutzeinheiten.

Senator Mehrlein erklärt, die vielen Beschwerden über Schutzeinheiten hätten das Polizeiamt bewogen, diese Frage reiflich zu überlegen. Der früher getragene Helm werde vom Dienstag ab wieder eingeführt. Man habe sich vielfach bemüht, eine andere Kopfbedeckung zu beschaffen, da größtenteils die Bevölkerung im Helm das Symbol des alten Reichstages erblickt. Bewährtes habe sich nicht finden lassen, die Kosten für in Aussicht genommene Helme aber würden 26000 bis 34000 Mk. betragen. Ebenso verhalte es sich mit anderen Kopfbedeckungen. Die Schutzmannschaft hege, um die vielen, zum größten Teil unerreichten Beschwerden aus der Welt zu schaffen, den Wunsch, im Dienst gekennzeichnet zu sein. Sie sei bereit, den Helm wieder zu tragen. Sobald es die Finanzlage gestatte, wird eine neue Kopfbedeckung eingeführt.

Der Senatsantrag wird angenommen.

15. Antrag: Aenderung in den Beamtentellen der Feuerwehrgesellschaft (Dem.) bringt Wünsche zur Sprache der Feuerwehrgesellschaft und fordert Kommissionsberatung. Die Feuerwehrgesellschaft sei ein technischer Betrieb geworden, es müsse auch geprüft werden, ob sie dem Polizeiamt abgenommen und dem Bauamt unterstellt werden sollte.

Senator Mehrlein hat gegen die letzte Frage nichts einzuwenden. Die Aenderungen in den Beamtentellen der Feuerwehrgesellschaft durch die Verhältnisse notwendig geworden.

Aug. Pape (Dem.) wünscht festgesetzt, ob wirklich ein dritter Beamter mit technischer Vorbildung notwendig ist. Man finde vielleicht einen Mann aus der Praxis heraus. Rechner wendet sich weiter gegen Titelverleihungen. Die Reichsverfassung selbst habe die Titel auf.

Die Senatsvorlage wird angenommen, eine zweite Lesung wird notwendig.

Dem Bürgerversammlung übermiesen werden die Anträge Herr (Dem.) über Prüfung der Preise für Tierkadaver, Roth (Soz.) über Freifahrt der Bürgerlichkeitsmitglieder auf der Straßenbahn und Dreger (Soz.) über ein unabhängiges amtliches Nachrichtenorgan.

Schluß 10 Uhr.

Aus dem Parteileben.

Am Tode Hugo Baars haben unser Parteivorstand sowie der Vorstand der Sozialdemokratische Partei Deutschlands und der Reichstagsabgeordneter Bauer herliche Beileidbesprechungen an die Hinterbliebenen gerichtet. Reichspräsident Ebert telegraphierte an Frau Baars: „In dem überaus schmerzlichen Verlust, der Sie und Ihre Kinder betroffen hat, spreche ich Ihnen meine herzlichsten Beileidbesprechungen aus. Der Verlebte war mir ein geschätzter Parteigenosse durch mehrere zum Teil sehr schwere Jahre. Seine langjährige Zugehörigkeit zu der deutschen Sozialdemokratie, seine führende Stellung und sein selbstloses unermüdetes Wirken für die Arbeiterklasse werden ihm unvergessen sein. Seine langjährige Zugehörigkeit zu der deutschen Sozialdemokratie, seine führende Stellung und sein selbstloses unermüdetes Wirken für die Arbeiterklasse werden ihm unvergessen sein.“ Die Beerdigung der Leiche findet heute, Dienstag, im englischen Familien- und Freundeskreis statt. Die Trauerfeierung wird am Donnerstag stattfinden. Die Leiche wird auf dem Friedhof in Friedrichsfelde beigesetzt, wo auch Wilhelm Viehbach, Smor und Murr beigesetzt sind.

„Sturmzüge der Revolution“ und „Der 9. November“, zwei Denkschriften zum Jahrestage der Revolution hat unser Parteivorstand, die Buchhandlung Vorwärts in Berlin SW. 68, herausgegeben. Die „Sturmzüge“ von Adolf Braun sind dokumentarische Beweise, daß nicht die „Unabhängigen“ allein, wie sie behaupten, den nach dem Umsturz erwarteten und gefördert haben, sondern daß insbesondere die Partei der Sozialdemokratischen Partei den nach dem Umsturz erwarteten und gefördert hat. „Der 9. November“, geführt zum Teil auf eigene Wahrnehmungen, zum Teil auf Berichte anderer unmittelbar Beteiligten, eine ausführliche Darstellung der Ereignisse des 9. November, die viel neues und unbekanntes Material enthält. Beide Broschüren kosten je 1 Mark.

Die neue Reichsverfassung. Ihre Entstehung und ihr Wirken. Von Hermann Kautsky. Erklärt von Max R. Müller. Mit Vorwort des Verfassungskomitees der Reichstagsabgeordneten. Berlin 1919. Verlag der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, Hindenburgstraße 3. Endlich ist im Berliner Parteiverlag das Büchlein erschienen, auf das die Parteigenossen seit der Verkündung der neuen republikanischen Verfassung gewartet haben. Eine außerordentlich klare und übersichtliche Darstellung der Staatsordnung, unter der wir seit dem 11. November 1919 leben, immer mit neuem Geistesinteresse, vollständig erläutert aus seiner Geschichte und mit praktischen Beispielen. Aus dem künftigen Bestreben heraus über die Kämpfe in Weimar hinweg läßt der bekannte Verfasser mit sozialistischer Klarheit den Aufbau der verfassungsmäßigen Verfassung erkennen und macht sie damit auch der einfachsten Auffassung verständlich. Für die kommenden Wahlen und die Auseinandersetzungen mit den Gegnern ist das Büchlein unentbehrlich. Es hat außerdem den Vorzug des handlichen Taschenbuchformats und niedrigen Preises.

„Schweden regiert die 3. Internationale.“ Die Schwedische Sozialdemokratische Partei und die Partei der Linksozialisten haben ein gemeinsames Meeting abgehalten, auf dem die Frage: „Demokratie oder Diktatur“ zur Erörterung gelangte. Branting hat in entscheidender Weise gegen den Bolschewismus Stellung genommen. Eine mit erdrückender Mehrheit angenommene Entschließung erklärt, daß die Sozialdemokratie der einzige Weg sei zur Verwirklichung der demokratischen Ideen. Der Bolschewismus wird entschieden verurteilt.

Reich und Ausland.

Beim Einbruch erschossen. In der Alexandrinenstraße in Berlin wurde ein Einbrecher, der in ein Juweliengeschäft einbrach, von dem Inhaber des Ladengeschäfts mit mehreren Schüssen niedergeschossen.

Eine Gräfin an der Spitze einer Einbrecherbande. Als Führerin einer Einbrecherbande wurde in Berlin eine Gräfin Colonna, die allerdings nur durch Adoption zu dem Gräflichen Titel gelangt sein soll, verhaftet. Es fanden ihr noch mehrere Männer zur Seite. Auch diese wurden verhaftet; ein angeblicher Techniker und Leunant Stuk, ein angeblicher Leunant der Kavallerie von Weimar. Die Gräfin übte ihre Einbruchstätigkeit dahin aus, daß sie reiche Freunde in ihr Heim einführte und in dieser Zeit die Wohnungen dieser Leute ausplünderte.

Verhaftung von Geldschleppern. Aus Kattowick (Oberschlesien) wird berichtet: In einem Abteil zweiter Klasse wurden mehrere Geldschlepper von der Kriminalpolizei festgenommen, die sich auf der Reise nach Mielomisch befanden. Drei Kisten mit Silbergeld im Betrage von etwa 100000 Mark wurden beschlagnahmt.

Eisenbahnunglück. Auf der Gleisbahnstraße Freistadt (Schl.) entsetzte ein Zug, wobei drei Personen den Tod fanden und über 80 mehr oder weniger schwer verletzt wurden. Die Unglücksstelle liegt auf polnischem Gebiet.

Mord. In Kassel ist ein dort unbekannter auswärtiger Eisenbahnbeamter nachts in einem Sonnenwäldchen unweit des Oberstadt-Bahnhofs ermordet und beraubt worden. Der Mörder ist unangekommen entkommen.

Wegen Verschleppen in größerem Umfange wurde in Bad Nauheim der 24jährige ehemalige russische Kutschker M. von Matlafoff und fünf von Goldmann verhaftet. Der Kutschker hat sich seit Februar in Deutschland aufgehalten, hat zahlreiche Kaufleute dadurch um Hunderttausende geschädigt, daß er ihnen Handelsgeschäfte mit Russland in Aussicht stellte und sich daraufhin Vorläufe zahlte.

Von Widdieben erschossen. Der Kadaverbesitzer Reimann in Vorberg und der Kadaverbesitzer Siemens in Widdieben wurden von Widdieben erschossen. Man fand die Leichen dem „Dammoverden Kurier“ zufolge, kaum hundert Meter von einander entfernt im Schnee liegen.

Die Sicherheit im besetzten Gebiete. In dem rheinländischen Ort Wackerheim wurde das deutsche Kriegdenkmal entweiht. Angehört von Unbekannten, wie die Zeitungen berichten dürfen. In Birkenfeld wurden große Vorräte von Mehl und Stroh, das den Besatzungstruppen geliefert werden mußte, auf dem Bahnhof ein Raub der Flammen.

Theaterbrand. In Warschau ist das Theater Rozmaitosci vollständig niedergebrannt.

Jugendbewegung.

„Arbeiter-Jugend“. Die oben erschienene Nr. 22 des ersten Jahrganges hat u. a. folgenden Inhalt: Die Jugend und die Revolution. — Die Revolution des Geistes. Von E. Olfenauer. — Polizei und Arbeiterjugend. Von Erich Fuhs-Röll. — Das bewaffnete Auge. Von Kurt Mayers. (Mit Abbildungen.) — Vom Kriegsschauplatz. — Aus der Jugendbewegung. — Zur wirtschaftlichen Lage. — Beilage: Das Rebellengrab in der Düne. Von Fritz Kummer. — Maxim Gorki. Von Max Börsen-Alberly. (Schluß.) — Die erste Periode der deutschen Arbeiterbewegung. Von A. Conrad. (Schluß.) — Bücher für die Jugend. — Neue Selten. Gedicht.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Frauen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, ist Nr. 38 erschienen.

Bekanntmachung.

Beiden dringender Arbeiten bleiben die Geschäfte Räume 1. d. Mittelbedingstraße, Weberstraße 1, am Mittwoch, dem 12. u. Donnerstag, d. 13. d. M., für den Verkauf von Waren geschlossen. Lübeck, den 4. November 1919. (9769) Das Landesverwaltungsamt.

Bedürftige Kriegshinterbliebene werden aufgefordert, sich bis 14. d. M. beim Stadtmagistrat zur Beantragung von Beihilfen zu melden. Bad Schmarrau, 10. Novbr. 1919. Der Stadtmagistrat, Dr. Steiniger. (9777)

Schuhfürsorge.

Schuhe, welche als Geschenk für den Weihnachtsfest bestimmt sind, bitten wir sehr in Betrachtung zu geben, da mit sonst keine Garantie für rechtzeitige Lieferung übernommen können. — Reparaturen, auch aus Holzsohlen werden wieder angenommen. Abgabe von Lederohlen, Schölen u. dergl. Abt.: Schuhfürsorge, Königsstr. 19, Zimmer 8. (9775) Geöffnet von 8—12 und von 2—3 Uhr.

Bekanntmachung.

Das Publikum wird darauf hingewiesen, daß durch die Arbeitsüberlastung in der Metallindustrie und durch die Verteuerung der Eisenlieferungen vollständig ausbleiben. 9771. Bei den Anträgen auf Einbau von Gasheizkaminen kann daher nur in beschränktem Umfange entgegenkommen werden. Einzelgasheizkamine anstelle von eingebauten Gasheizkaminen für den Gasheizkaminbau ganzer Häuser werden bis zur Befreiung der Lage nicht mehr eingebaut. Gasheizkamine werden angedeutet. Preis halbes bis auf weiteres nicht herabgesetzt. Lübeck, den 11. Nov. 1919. Die Betriebsbehörde.

Friedrich Wulf Martha Wulf geb. Dierk Vermählte. Für die vielen Aufmerksamkeiten zu unserer Hochzeit danken herzlich. (9749) D. O.

Dankagung.

Allen denen, die unserem Vater die letzte Ehre erwiesen und uns unterstützen, sagen wir unsern aufrichtigsten Dank. (9762) Familie Falkenhagen.

Für erwiesene Teilnahme und reichen Kranzsenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes, sowie dem Verband der Schneider für tätige Unterstützung meinen herzlichsten Dank. Emma Stein Wwe. und Sohn. (9766)

Laubursche für die Nachmittagsstunden. Monat 20 Mk. 9747 Th. Schwaner, Glacisstraße 16.

Frisurenlehrling in kleineres Geschäft. Bitte der Stadt zu Östern gesucht. Frau u. E. R. a. d. Grp 9741. G. W. zu wort gut.

Kostschneider. 9745 H. Krey, Bricker 3.

Jüngeres Mädchen für einige Tagelöhner. Fr. Horstmann, Steuerräder Weg 47 u. 4787.

Möbl. Zimmer für einen jungen Mann ab 23. Nov. Offerten unter St. 123 an die Exped. d. Bl. Zu verkaufen 2 Kugellager. Levernann, 9757) Rieckert, Neuböf.

Ein neuer zweifachverkaufter Nähmaschine. 9749) Dornier, 19. III. r. Ein gebrauchter Kofferverweigerer zu kaufen gesucht. 9771) W. W. 41

51 teuren neuen gute Mandoline. Anz. n. Preis u. F. W. an die Grp. (9746)

Hilgers Handbuch der verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung 1919 enthält Lebenslauf u. Bilder der Mitglieder der Nationalversammlung. 2.50 Mk. Buchh. Fr. Meyer & Co. (9764)

Urban strahlt gar zu schön sagt Riecke wenn ich auf meine Stiebeln kicke. Schuhputz „Urban“ überall zu beziehen! Fabrik: Urban & Lemm, Charlottenburg. (9775) Franz Schwedt.

Trotz der dauernd steigenden Konjunktur bleibe ich zu außerordentlich billigen Preisen an: 9767 Damen- und Kinder-Mäntel. Kinder-Mäntel braun Diagonal, in allen Größen . . . Größe 45 32.50. Kinder-Mäntel blau Diagonal, in allen Größen . . . Größe 65 49.00. Damen-Mäntel dicker Winter-Mantel in blau, grün und braun 55.00. Damen-Mäntel aus Diagonal Stoffen in verschiedenen Farben . . . 66.00. Damen-Mäntel schwere Gauschmarc, in allen Größen u. verschiedenen Farben 92.00. Damen-Mäntel schwere Winterware, in mehreren Farben 118.00. Jacken-Mäntel Diagonal, zum Teil durch Dekoration etwas gelichtet. 95.00. Jacken-Mäntel Diagonal dunkle Farben, moderne Formen 138.50. Jacken-Mäntel Diagonal, mittel- u. dunkle Farb., moderne Formen 195.00. Herren- und Knabenkonfektion. Herren-Paletot Reichsware, pr. Stoffe u. la. V. Verarbeitung 162.50 149.50. Herren-Anzug Reichsware, Juppe u. Hose hochgeschloßen 124.70. Herren-Anzug ein- u. zweifach, nur gegen Se. u. Grin des Transportarbeiter-Verbandes, moderne, gemusterte Stoffe, gute Verarbeitung Serie 1 210.00 Serie 2 235.00 Serie 3 265.00. Herr.-Unterzeuge aus Leinwand, Baumwolle, Vellur, etc. 20.00 26.00. Herren-Unterhosen Reichsware, jede Hose 5.25. Kaufhaus Hans Struve Lübeck, Königsstr. 89, Ecke Wahnstr.

Statt besonderer Anzeige. Nach langer, schwerer Krankheit entschlief heute morgen meine liebe gute Frau meine Kinder treuherzige Mutter. (9765) Ab este Bückmann, geb. Hilgendorf, in ihrer Trauer Friedr. Bückmann, nebst Staben Alwine Schmidt Wwe. geb. Hilgendorf, Familie Bückmann. Lübeck, 10. Nov. 1919. Trauerfeier: Donnerstag, den 13. Nov. 2 1/2 Uhr von der Hofmeyer Friedhofs-Straße.

Wicke Uhren, goldene Trauringe, Myrthenkränze, Barometer, Silberwaren, Norm u. Goldschm. Schuß ob. Johannstr. 20. Visitenkarten fertigt an Friedr. Meyer & Co.

Nur für Selbstverbrauch! Ein großer Posten echt schwedischer Zündhölzer Paket 1.30 Mk. (9775) Franz Schwedt. Für Herbergen Fremden-Meldezettel in Block. Zu beziehen Friedr. Meyer & Co. Johannisstraße 48.